

# Volkswacht

für Schlessen

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/6, durch die Filial-Expeditionen: Neue Grapenstraße Nr. 5 und Neue Zalkenstraße 11, durch die Zweigstellen: Hagenstraße 11, Reichstraße 14a, sowie durch alle Postämter zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0.40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

## Organ für die werttätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5141  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

**Anzeigenpreis:** Je Zeile wöchentlich für gewöhnliche Anzeigen aus Schlessen 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Heiratsanzeigen 10 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 2 Pf., das selbe Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (für den nächsten Tag) bei der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Gegen die Arbeitslosigkeit.

## Maßnahmen der Reichsregierung — nur ein kleiner Anfang.

Das große Arbeitsbeschaffungsprogramm, das der Reichsarbeitsminister in Anlehnung an die Richtlinien des Reichstages zur Beschäftigung der Arbeitslosen am 28. Juni im Reichstag entwickelt hat, ist in den letzten Tagen zwischen den beteiligten Ministerien und dem Reichskabinett eingehend erörtert worden. Die Beratungen haben, wie von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, zu folgendem Ergebnis geführt:

Das Reich ist bereit, der Reichsbahngesellschaft ein Darlehen von 50 Millionen Mark zur Fertigstellung begonnener Bahnbauten unter besonders günstigen Bedingungen zu gewähren. Von diesen Mitteln soll ein möglichst hoher Betrag schon im Laufe dieses Jahres in Bezügen mit besonders großer Arbeitslosigkeit verausgabt werden. Ferner hat die Hauptverwaltung der Reichsbahn sich bereit erklärt, außer den Aufträgen, die sie bereits herausgegeben hat, weitere Aufträge im Gesamtbetrag von 100 Millionen Mark zu vergeben, falls das Reich ihr dabei finanziell behilflich ist. Ueber die Art dieser Hilfe sind die Verhandlungen bereits im Gange. Die neuen Aufträge werden insbesondere der Eisenindustrie zugute kommen. Es ist anzunehmen, daß auch der Verwaltungsrat der Reichsbahn keine Zustimmung zu diesen Maßnahmen erteilen wird.

Auch die Reichsregierung wird das für dieses Haushaltsjahr aufgestellte Hilfsprogramm, das an sich schon mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit reichlich bemessen war, noch erweitern.

Die Wasserstraßenbauten, die bereits die Genehmigung des Reichstages erhalten haben, sollen beschleunigt und verstärkt zur Durchführung kommen. Im übrigen ist die Reichsregierung grundsätzlich entschlossen, neue Wasserstraßenbauten in Angriff zu nehmen, zu denen insbesondere das Reststück des Mittellandkanals gehört und die Vorarbeiten für die Ausführung dieser Arbeiten so zu beschleunigen, daß sie in Gang gesetzt werden können, sobald die erforderlichen Vereinbarungen mit den Ländern getroffen sind.

Ferner soll der Bau von Landarbeiterwohnungen verstärkt betrieben werden. Hierfür werden 30 Millionen Mark in diesem Jahr neu in den Haushaltsplan eingestellt. Weiter sollen die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge eine wesentliche Verstärkung über das im Haushalt vorgezeichnete Maß hinaus erfahren.

Eine Beförderung der Bautätigkeit soll durch Erleichterung der Bedingungen für den Reichskredit für erste Hypotheken und durch Verstärkung der Mittel für die Hauszinssteuerhypotheken erreicht werden.

Die beschlossenen Maßnahmen haben die Zustimmung des Reichsfinanzministers gefunden, weil die gegenwärtige Lage des Geldmarktes die Möglichkeit eröffnet, Mittel für verbundene Anlagen, wie sie hier überwiegend in Frage kommen, im Wege der Anleihe zu beschaffen, und weil der Rückgang der Zahl der Erwerbslosen die Ausgaben für die Unterstützung vermindert und damit die laufenden Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden vermindert.

Es ist kein Zufall, daß gerade in diesem Augenblicke die Reichsregierung wenigstens einen Anfang mit größeren Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung macht. Lagt doch heute in Düsseldorf der Bundes-Gewerkschaftsbund, um wieder die Vorgänge aus dem Arbeitsmarkt zu behandeln, und ist doch zu dieser Tagung das gastliche Erscheinen des Reichsarbeitsministers und des Reichswirtschaftsministers zu erwarten. Die Herren Dr. Brauns und Dr. Curtius wollen nicht mit ganz leeren Händen vor den Führern der größten deutschen Gewerkschaftsorganisation erscheinen und die Beschlüsse, die sie mitbringen, sind als ein Anfang ja auch begrüßenswert. Mehr als ein Anfang sind sie freilich nicht, und es ist auch zweifelhaft, ob die angekündigte Einsetzung einer Ministerialkommission genügen wird, um dieses Programm der Arbeitsbeschaffung in der dringenden notwendigen Weise zu erweitern.

Die hohe Bürokratie der Reichsämter hat unter ihrer blutigen Regierung bisher in dieser Frage langsam genug gearbeitet. Sonst wäre an Stelle der Unterstützung von einzelnen durchaus nicht immer lebensfähigen Unternehmungen oder allenfalls Industriezweigen mit öffentlichen Subventionen und Ausnahmestellen längst gründlicheres für den Arbeitsmarkt

geschehen. Dazu rechnen wir vor allem eine energisiertere Kartellpolitik, die z. B. neuerdings gegen die kartellierten Banken anzuwenden wäre, deren Zinsspanne trotz Lockerung des öffentlichen Kredits überhoch bleibt. Eine solche grundlichere Auffassung des Arbeitslosenproblems hätte vor allem auch die neuen Zollerhöhungen unmöglich gemacht, die den inneren Markt einengen, während sie nur einem Teil der großen Landwirte Nutzen bringen werden. Auch die zögernde Steuerpolitik Dr. Reinholds trägt dem Ernst der deutschen Wirtschaftslage nicht Rechnung. Seine hinter den Anfangsverprechungen zurückbleibenden und nur zum Teil an der richtigen Stelle (Umsatzsteuer und sonstige Massenbelastung) angreifenden Steuerermäßigungen haben die in Aussicht gestellte Preisermäßigung nicht herbeigeführt, wie wir das leider sofort voraussetzen mußten. So weit in einzelnen Waren neuerdings Preisnachlässe eingetreten sind, sehen wir die Ursache dazu mehr in der Absatzkrise, die zu Notverkäufen zwingt. Damit ist aber der deutschen Wirtschaft wenig geholfen, daß einige Kleinhändler oder auch größere Firmen billig ausverkaufen müssen, während an anderen Stellen durch die Zollerhöhungen wieder noch höhere Preise vorbereitet werden. So lange in der Preispolitik die deutsche Wirtschaft sich nicht grundsätzlich auf Abbau einstellt, sehen wir weder Aussicht auf großen Exportaufschwung, noch auf Belebung des inneren Marktes. Preisabbau-Gerede zur Verhinderung von Lohnerhöhungen kann Ersatz dafür nicht bieten.

Die Ministerialkommission für Arbeitsbeschaffung wird wohl diese großen Wirtschaftsprobleme, von denen die wirkliche Lösung der gegenwärtigen Arbeitslosenfrage abhängt, überhaupt nicht behandeln. Das wäre auch Sache der Reichsregierung selber, die dazu in ihrer heutigen bürgerlichen Zusammensetzung aus Rücksicht auf großagrarische und großindustrielle Agitation und auf den Einfluß der Großbanken auch nicht den Mut aufbringt. In der kleineren Frage der Notstandsarbeiten wird das jetzt angekündigte auch nur nach Erweiterung der finanziellen Grundlagen zu erreichen sein. Reichsarbeitsminister und Finanzminister haben sich grundsätzlich für die Aufnahme von Auslandsarbeiten zu Notstandsarbeiten bekannt. Die Durchführung darf nicht auf sich warten lassen. Eine Lösung der Wirtschaftskrise bedeutet auch das nicht, aber wenigstens eine Milderung ihrer Wirkungen auf die meistbetroffenen notleidenden Massen.

## Vorlagen zur Arbeitsbeschaffung in Preußen bewilligt.

Der Preussische Landtag verabschiedete am Donnerstag, dem letzten Sitzungstag vor den Sommerferien, eine Reihe kleinerer Vorlagen zur Verbesserung der Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen. So wurden weitere Staatsmittel bereitgestellt zum Bau eines Deiches in der Leypsch im Regierungsbezirk Kurisch zur Beschleunigung der Kultivierungsarbeiten und zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänenvermögen und domänenstaatlichen Grundstücken. Ebenso wurde eine Vorlage zur Fortführung des Ausbaus des Steinförderhafens angenommen, die 9 Millionen bereitstellt.

Zur Selbstbeschaffung deutscher Landarbeiter fordert ein Ausschuss der Reichsregierung Mittel zum Bau von Landarbeiter- und Bauhandwerkerwohnungen, dazu Einwirkung auf die Kreise, Gemeinden und Güterbesitzer, damit für den Bau von Landarbeiterwohnheimen kostenlos oder verbilligt Grund und Boden zur Verfügung gestellt werde.

Abg. Kollatz (Komm.) hielt es für nötig, sich wieder einmal laut und breit über die Selbstverständlichkeit zu äußern, daß den Erwerbslosen geholfen werden müsse.

Abg. Jelles (Soz.) erinnerte den kompromittierten Redner daran, daß am Mittwoch abend im Hauptsaal der Reichshaus in Berlin ein Vortrag über die kommunikativen Erwerbslosenforderungen begründet hätte. Die Kommunisten hätten es nie so oft, den Sozialdemokraten überlassen, für die Erwerbslosen praktische wirkliche Hilfe zu leisten.

Nach Annahme dieser Vorlagen wurde die Arbeitslosenfrage bis das Haus auf Dienstag, den 21. September.

## Die „neunte Stunde“.

Aus Rom wird uns geschrieben:  
Die „neunte Stunde“ ist im heutigen Italien zu einer Art Symbol geworden und dient, wie gar manche Symbole, einer schamlosen Mystifikation. Unter den Mitteln, durch die der faschistische „hohe Rat“ und der in seinem Auftrage amtschreibende Ministerialrat die Krise bekämpfen wollen, befindet sich bekanntlich die Autorisation, die Zahl der Arbeitsstunden um eine zu vermehren. Es heißt nicht von acht auf neun, denn es ist in eingeweihten Kreisen allbekannt, daß längst in vielen Betrieben neun und auch zehn Stunden gearbeitet wird. Zu diesen neun oder zehn Stunden kann eine weitere kommen, die bescheiden die „neunte Stunde“ heißt und, wie es im faschistischen Schwulst bezeichnet wird, den Teil der Arbeiter an dem nationalen Opfer darstellt. Der Teil der Unternehmer besteht wesentlich darin, vom 1. November an ihre Automobile statt mit reinem Benzin mit einer Mischung von Alkohol und Benzin speisen zu müssen.

Was will man aber mit dieser „neunten Stunde“, wo die Baumwollspinner gerade Ende Juni beschlossen haben, einen Arbeitstag pro Woche ausfallen zu lassen, um den angehäuften Vorräten die Möglichkeit zum Abfluß zu geben? Man prellt einfach die Arbeiter um den Lohnzuschlag der Ueberstunde. Des Pudels Kern ist der, daß die neunte Stunde die Kennzeichen der Ueberstunde verliert — weiter nichts. In der faschistischen Presse, die natürlich nichts von sich gibt, was nicht streng orthodox ist, wird auch der Plan ventiliert, diese berühmte neunte Stunde je nach der Wirtschaftslage der betreffenden Industrie zu behandeln: als Stunde der Gratisarbeit in den „notleidenden Industrien“, als gewöhnliche Arbeitsstunde in den mittelmäßig gefallenen, als Ueberstunde im Sinne der geltenden Tarifverträge für die blühenden. Mussolini hat versichert, daß der Faschismus die Wage im Gleichgewicht halten werde, als ob das Gleichgewicht einer Wage davon abhinge, wie man sie hält! Wer nicht falsches Gewicht ablesen will, der muß das Gleichgewicht durch gleichmäßige Belastung beider Schalen erzielen.

Aber, von diesem Wortgefingel abgesehen: wie denkt man sich eine Wirtschaft, bei der in einem Teil der Industrien neun Stunden gearbeitet wird für den Lohn des Achtstundentages, in einem anderen neun Stunden mit Neunstundenlohn? Wie will man es verhindern, daß die Arbeiter aus der schlechtbezahlten Industrie in die besserbezahlte abwandern? Wir kommen hier zu der seit langem vom Faschismus angestrebten Beschränkung der Freizügigkeit. Die ganze mittelalterliche Aufmachung des Faschismus drängt dahin. Da man schon einmal die Riemen, durch die man die italienische Oekonomie zusammenhalten will, aus der Haut des Proletariats schneiden muß, so ist es logisch, daß man sich gegen die Abwanderung der Widerstrebenden durch Gesetzmäßigkeiten schützt.

Solange man meint, daß der Stand der Wage von der Hand bestimmt werde, die sie hält, muß man die Faktoren, die tatsächlich diesen Stand bestimmen, unterschätzen. Man denkt, ein strenges Regime kann den Arbeitern alles bieten, sinkende Löhne und steigende Brotpreise; die Arbeiter beugen das Haupt und die offiziöse Presse spricht von „freudiger Unterordnung unter die supremen Interessen des Vaterlandes“. Aber in der Zuteilung von Carosio in Oberitalien haben am 2. Juli 300 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt, haben es abgelehnt, die faschistischen Korporationen als ihre Vertreter anzuerkennen und haben auf eigene Faust Lohnforderungen aufgestellt. Der Vertrauensmann des Faschio hat, im Einvernehmen mit dem Sekretär der Syndikate, 60 Mann der faschistischen Miliz in den Ort berufen und hat die Fabrik besetzen lassen. Hier haben wir die praktische Anwendung des Prinzips: die faschistische Partei hat die Wage. Was dabei herauskommt, ist eitel Gleichgewicht und Interessenharmonie.

Eine solche Interessenharmonie will man auch durch die Verallgemeinerung des Trustsystems verwirklichen, die unter die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Hebung fällt: die Unternehmer sollen den Arbeitern und Angestellten billige Lebensmittel liefern, indem sie das tun, was die zerstörten Konsumvereine taten, nämlich den unnötigen Vermittler ausschalten. Aber sie sollen auch den Lohn für diese ihre Guttat schon auf Erden empfangen: die Preise der Unternehmerverkauft werden für die Bereicherung des Feuerzuges zugrunde gelegt. Hier liegt der Ansporn zum Abhalten der Preise. Da die Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Konsumenten ebenso wehrlos sein werden, wie in der als Produzenten, kann man als Motto dieser Verkaufsstellen schon heute das „Billig und Schnell“ als das einzig Geeignete ansehen.

Alle Maßnahmen der Regierung wollen den italienischen Export heben, und die Hierarchen scheinen sich keinerlei Sorge darüber zu machen, daß sie gleichzeitig die Kaufkraft ihrer Schichten noch weiter herabdrücken, also die bekämpfte Absatzkrise verschärfen. Inzwischen wirkt aber eine von der Regierung unbeabsichtigte Erscheinung im Sinne der Forderung der Exportation: das Sinken der italienischen Valuta. Die Börse hat für die Regierungsmaßnahmen durch einen neuen Rückgang der Valuta quittiert. Das englische Pfund ist auf 159, der Dollar auf 25,80 gefallen. Bei solchen Wechsel hebt sich der Export automatisch, aber man



Kommt auf jene abschüssige Ebene, die Jastten gerade ver-  
weihen wollte.  
Und inzwischen beschäftigt sich der Faschismus mit  
„innerer Läuterung“, im Anschluß an verschiedene  
Bankstöße, die ihre Exzellenzen und Besten betreffen. Von  
beiden Seiten, von denen die Wäutern und den andern, die  
geläutert werden, entstehen die Mistfäßer auf den lieben  
Nächsten. Gespäht ist, daß in verschiedenen Orten, so namentlich  
in Rom, die Entziehung der Mitgliedschaft der  
Faschistischen Partei durch ... die Polizei-  
behörde erfolgt. Der Betroffene wird auf die  
Polizei geladen und da zeigt man ihm die Ausschluß-Urkunde,  
die keinen Grund angibt, und fordert ihm die Karte ab. Wo  
besorgt die Polizei die Parteiarbeit, wofür sich dann die  
Faschistische Partei revanchiert, indem sie durch ihre Miliz  
Motive besetzt, wo man die freie Gewerkschaft der  
Landarbeiter aufgelöst hat und Unruhen hervorrufen will.  
Und eben sind die neuen Formulare für Postanweisungen  
herausgegeben und tragen das Vorkorbündel und die In-  
schrift: Nächstes Jahr. Das ist die neue Zeitrechnung. Im  
nächsten Jahr nach dem Marsch auf Rom ist der Welt ein  
Heilmittel gegen die Wirtschaftskrise beschert worden: die  
„neunte Stunde“.

### Caillaux gegen die Sozialisten — der Frank stürzt weiter!

Paris, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung  
scheint die Finanzdebatte beschleunigen zu wollen. Caillaux  
hat am Donnerstag nachmittag, ohne die zahlreichen vorgemerkten  
Redner zu Wort kommen zu lassen, bei Beginn der Sitzung sofort  
die Tribüne bestiegen, um Franklin Bouillon und ins-  
besondere Leon Blum zu antworten, dessen Rede einen tiefen  
Eindruck in den weitesten Kreisen hervorgerufen hat. Caillaux  
wies darauf hin, daß das Schuldenabkommen Gegenstand eines  
Spezialgesetzgebungsaktes sein werde und ging dann sofort auf die  
Rede Leon Blums über, der am Mittwoch die finanziellen  
Konzeptionen des Finanzministers bis in die Feinheiten der  
überzeugten Anhänger Caillaux hinein schwer erschüttert hat.  
Zur Durchführung seiner beabsichtigten Steuerreform, d. h. der  
Erhöhung gewisser indirekter und Herabsetzung gewisser direkter  
Steuern, brauche er unbedingt Vollmachten. Er stützte  
daran anschließend einen Artikel des Sozialisten Vincent Auriant,  
in dem dieser ausführt, daß, wenn die Sozialisten zur Regierung  
kämen, sie ebenfalls zu diktatorischen Maßnahmen greifen müßten.  
Die Behauptung Blums, die von den Sachverständigen vor-  
geschlagenen Maßnahmen führten lediglich zur Inflation, lehnte  
Caillaux ebenso wie die von Blum geforderte Konsolidierung  
der Staatsschulden ab. Er sei früher ebenfalls Anhänger einer  
Konsolidierung gewesen, habe aber seine Ansicht geändert.  
Caillaux schreie vor keiner Demagogie zurück und behauptete,  
daß die Kapitalabgabe, auf der die Sozialisten die  
Sanierung aufbauen wollen, in allen Ländern Miß-  
erfolge erlitten habe. (?) In der Tschechoslowakei sei ihr Erfolg  
aus ganz besondern Umständen heraus zu erklären. Sie  
habe außerdem den Nachteil, daß sie fast ausschließlich die Mittel-  
klasse treffe und die Besitztümer größerer Vermögen sich ihr durch die  
Sticht ihres Kapitals ins Ausland entziehen.

Der zweite Teil seiner Rede war dem erneuten Versuch ge-  
widmet, die Überlegenheit seines Programms gegenüber dem  
sozialistischen zu beweisen. Interessant war dabei nur die Mit-  
teilung, daß Frankreich mit einer Summe von 800 Mil-  
lionen Dollar für seine Währungsstabilisierung  
nicht auskommen werde, sondern eine bedeutend höhere  
Summe benötige.

Der Abschluß der Debatte wird durch den aus-  
sagen Frankfurter am Donnerstag beschleunigt werden.  
Das englische Pfund, das am Mittwoch 161,50 notierte, stieg am  
Donnerstag in den Vormittagsstunden auf 184 und nachmittags  
auf 189 Franken, der Dollar auf 39,70 Franken.

Heute ist der Abschluß der Finanzdebatte und die End-  
abstimmung in der Kammer zu erwarten. Die Regierung kann  
auf eine Mehrheit zählen, denn in dieser Kammer hat außer der  
sozialistischen Partei niemand eine eigene Meinung über das  
Finanzproblem. Die sozialistische Fraktion hat einen  
Antrag eingebracht, für den sie die Priorität, d. h. die erste aller  
Abstimmungen, verlangen wird. In dem Antrag wird an der  
Kapitalabgabe festgehalten und wird die Aufnahme einer Aus-  
landsanleihe abgelehnt.

Laut „Petit Journal“ wird Caillaux am Samstag  
nach London reisen, wo er über das französisch-englische  
Schuldenproblem Besprechungen haben wird.

Verfassungsfeier in England. Anlässlich des dreijährigen  
Jubiläums der Verfassung der Sowjetunion fanden in vielen  
russischen Städten große Feiern statt. In Sankt Petersburg  
versammelten sich in der zahlreichsten Nationalität vertreten waren.  
Unter anderem beteiligte sich auch eine Kompanie bewaffneter Rot-  
armisten an der Feier. In Leningrad fanden am Verfassungstage  
große Sportfeste statt.

### Aufklärung der Ermordung eines sozialdemokratischen Führers nach 5 Jahren?

München, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Mord an  
dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, Genossen Garais,  
bleibt ununterschiedlich vor der endgültigen Aufklärung. Als Täter  
kam jener Leutnant Hans Schweighardt in Frage, der im  
Oktober 1920 das Dienstmädchen Sandmaier im Forstrieder  
Park ermordet hat und dann ins Ausland verflohen. Am  
8. Juni 1921 ist Schweighardt wieder nach München zurückgebracht,  
am Tage darauf wurde Garais erschossen. Am 11. Juni ging  
Schweighardt wiederum außer Landes. Seit kurzem befindet er  
sich jedoch in München in Untersuchungshaft.

Zur Aufdeckung des Mordes Garais schreibt der „Vor-  
wärts“ unter der Überschrift „Ein Erfolg des Gemein-  
schaftsausschusses des Reichstages“:

„Die Nachricht aus München kommt der breiteren Öffent-  
lichkeit überraschend, nicht aber denen, die Gelegenheit hätten, die  
Tätigkeit des Gemeinchaftsausschusses aus der Nähe zu verfolgen. Gegen  
den früheren Leutnant Schweighardt, der den Mord im Forst-  
rieder Park auf dem Gewissen hat, haben sich aus den Akten  
so dringende Verdachtsmomente ergeben, daß die Einleitung eines  
neuen Verfahrens unausweichlich schien. Man muß sich nur  
wundern, daß die bayrischen Behörden diesen Zu-  
sammenhängen gegenüber blind war und daß erst der  
Gemeinchaftsausschuss des Reichstages kommen mußte, um  
ihnen die Augen zu öffnen.“

Das Dienstmädchen Sandmaier war wegen angeblicher  
Espionage gegen die Einwohnerwehr im Oktober 1920 in einem  
Auto dieser Einwohnerwehr nach dem Forstrieder Park entführt  
und dort ermordet worden. Schweighardt floh nach dieser Tat mit  
einem falschen Paß, den ihm Friedl ausgestellt hatte, ins Ausland.  
Am 8. Juni 1921 kam Schweighardt nach München zurück. Am  
9. Juni um Mitternacht wurden auf Garais vor seiner Wohnung  
die tödlichen vier Schüsse abgegeben. Am 11. Juni verließ  
Schweighardt abermals Bayern. Abgesehen von diesen Beweisen  
haben eine Reihe von Zeugen den Mörder auch am Tatort  
gesehen. Es handelt sich um einen jungen Mann in fest-  
grünem Anzug und mit Widelgamaschen. Der Fall Schweighardt  
ist am 18. Mai vom Genossen Levi in einer Reichstagsdebatte zur  
Sprache gebracht worden. Levi schloß seine damalige Rede im  
Reichstag mit den Worten: „Der Abgeordnete Friedl muß alle diese  
Zusammenhänge besser kennen als wir alle.“ Friedl vermochte auf  
diese Behauptungen nur ein Verlegenheitsgestammel vorzu-  
bringen.

In München herrscht in gewissen Kreisen große Aufregung  
darüber, daß der Gemeinchaftsausschuss im Herbst nach München kommen  
wird. Dieser Beschluß wurde gegen die Stimmen der Sozialdemo-  
kraten gefaßt, die der Meinung waren, daß der Gemeinchaftsausschuss in  
München nicht genügend Bewegungsfreiheit haben würde. Die  
Münchener Behörden haben bei der Aufhebung der politischen Morde völlig versagt. Dem Gemein-  
schaftsausschuss des Reichstages ist es gelungen, in diese Verbrechen Hin-  
einzuleuchten und für die justiznützliche Vorarbeit zu leisten.

### Die Rintzregierung in Mecklenburg gewählt

Schwerin, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Er-  
öffnung der Donnerstagssitzung des Mecklenburgischen Landtages  
wurde der Ministerpräsident mit, daß er sich mit den beiden Demokra-  
ten zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammenschließen habe.  
Es wurde dann ein sozialdemokratischer Antrag auf Postenstellung  
des kommunistischen Abgeordneten Wante mit Mehrheit ange-  
nommen. Der Beschluß ist unerschütterlich an den Reichstagsrat nach  
Leipzig weitergegeben. Man rechnet damit, daß dieser Abge-  
ordnete bereits an der nächsten Sitzung des Landtages teil-  
nehmen kann. Bei der darauf folgenden Wahl des Minister-  
präsidenten wurden 49 Stimmen abgegeben (der Landtag  
zählt 50 Mitglieder), 25 Stimmen entfielen auf den  
sozialdemokratischen Abgeordneten Paul  
Schäfers-Rastorf, 24 Stimmen auf den früheren Minister-  
präsidenten v. Brandenstein. Der neu gewählte Ministerpräsident  
Schäfers nimmt die Wahl an. Er ist 51 Jahre alt, war früher  
Lehrer und seit dem Jahre 1919 Stadtrat in Rostock, bis er 1924  
durch die Rintzregierung abgelehnt wurde. Seit 1920 gehört er  
dem Mecklenburgischen Landtag an. Im Anschluß daran erfolgte  
auch die Wahl der Staatsminister. Mit den Stimmen der  
Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten werden die  
Abgeordneten Wis (Soz.) und Dr. Müller (Dem.) mit 24

von 21 abgegebenen Stimmen gewählt. Die beiden Rechts-  
parteien enthielten sich der Stimme. Auch die Staatsminister  
nahmen die Wahl an. Die Wahl der Rintzregierung ergibt ebenfalls  
auf jeden Fall eine Mehrheit für die Regierungsparteien.

### Aus dem Reich.

Paul und Clara Zetkin erhielten zu ihrer heutigen Silber-  
hochzeit und gleichzeitiger goldenen Hochzeit der Eltern der  
Genossen Zetkin zahlreiche Glückwünsche, unter denen Oberbürger-  
meister Dr. Schmidt neben zahlreichen Breslauer Pro-  
letariatsparteiern sich finden.

Genosse Dr. Wadt nicht mehr Abgeordneter. Das Wahl-  
prüfungsgericht beim Preussischen Landtag hat am  
Donnerstag mit der Prüfung der Landesliste seine Arbeit ab-  
geschlossen. Es hatte namentlich zu entscheiden, ob die durch  
anderweitige Berechnung sozialdemokratischer Stimmen in dem  
Wahlkreisen von der sozialdemokratischen Landesliste fünf oder  
nur vier Kandidaten als gewählt gelten sollen. Die Nachprüfung  
ergab, daß an der erforderlichen Zahl für das fünfte Mandat  
876 Stimmen fehlen. Infolgedessen fällt das Mandat des  
Ministerialrats im Preussischen Ministerium des Innern, Genossen  
Dr. Wadt, mit dieser Entscheidung des Wahlprüfungsgerichts  
fort.

Der Berliner Stadtrat ist von den Aufsichtsbehörden in  
der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Form  
nicht endgültig genehmigt worden. Er stellt einen 200prozentigen  
Zuschlag zur staatlichen Grundbesitzsteuer, eine Gewerbesteuer  
mit 425 Prozent Kapitalertragszuschlag und 1000 Prozent  
Lohnsteuer vor. Die Hundesteuer wird für den ersten  
Juni auf 60 Mark erhöht. Gleichzeitige ist der Berliner Magistrat  
den Beschlüssen auf Erhöhung der städtischen Mittel zur Förderung  
des Wohnungsbaus auf 25 Millionen Mark beigetreten.  
11 Millionen Mark davon sind bereits aus einer Inlandsanleihe  
aufgebracht, der Rest soll als Darlehen bei der Städtischen Spar-  
kasse erhoben werden.

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Streicher aus  
München ist in der breiten Öffentlichkeit in erster Linie wegen  
seiner Denunziation von Beleidigungsprozessen bekannt geworden, die  
politische Gegner wegen fortgesetzter Verleumdungen  
im Interesse ihrer persönlichen Ehre gegen ihn anzuklagen ge-  
zwungen waren. Die beiden letzten Prozesse mit dem Oberbürger-  
meister Luppe und zwei Münchener Reichsratsräten brachten  
Streicher je zwei Monate Gefängnis ein, die in letzter Instanz  
auch vom Reichsgericht nunmehr bestätigt wurden. Das Bayerische  
Justizministerium forderte nun vom Landtag die Freigabe des  
Abgeordneten Streicher zur Strafvollstreckung, und der Geschäfts-  
ordnungsausschuss des Landtages beschloß am Mittwoch gegen  
die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, National-  
sozialisten und Deutschnationalen, die Immunität des Ab-  
geordneten Streicher zur Erhöhung seiner Gefängnis-  
strafe aufzuheben. In den Wahlen des Landtages  
verfehle getrennt Vormittag der sozialdemokratische Abg. Gerhardt  
Bauer dem Abg. Streicher mehrere Dutzende als  
Antwort auf beleidigende Artikel.

Der neue Regierungspräsident von Münster. Das preussische  
hat sich mit der Frage der Nachfolge des früheren Regierungs-  
präsidenten von Münster, Dr. Hasenbein, befaßt und beschloß, an  
seine Stelle Ministerialrat Dr. Umelungen zu berufen. Es sind  
bereits die nötigen Schritte getan, um nach Artikel 88 der preussischen  
Verfassung das notwendige Einvernehmen des Provinz-  
ausschusses mit der endgültigen Ernennung Umelungen zum  
Regierungspräsidenten herbeizuführen. Dr. Umelungen ist  
ein junger rheinischer Rentiermann.

Ausstieg aus der Liga für Menschenrechte. Einer Korre-  
spondenzmeldung zufolge sind nach einer bewegten Sitzung der  
Liga für Menschenrechte eine Reihe Mitglieder der Liga aus-  
getreten. Unter ihnen Senatspräsident Wendig Frey-  
muth, Helmuth von Gerlach, Kapitän Verjus, Stadtrat  
Dr. Fortier und andere.

Urlaub der Reichsminister und Hindenburgs. Ueber den  
Urlaub der Mitglieder des Reichskabinetts und den des Reichs-  
präsidenten hört der Reichsdienst der deutschen Presse: Der  
Reichspräsident beabsichtigt, sich etwa Mitte August auf  
einige Wochen nach Oberbayern zu begeben. Reichsminister  
Marx, der Ende der Woche in Bayern zu bezogen. Reichsminister  
unternimmt, wird Anfang des nächsten Monats seinen Urlaub  
antreten, während der Reichsaussenminister Stresemann in  
diesen Tagen Berlin auf vier Wochen verläßt. Reichsminister  
Kühn wird in dieser Woche und in der folgenden noch einige  
tägige Dienstreisen unternehmen, ehe er schließlich Ende des  
Monats, an seinen Urlaub denken kann. Der Reichsfinanzminister  
Reinhold, der erst kürzlich von einem dreiwöchigen Krank-  
heitsurlaub zurückgekehrt ist, war ebenso wie der Reichspost-  
minister Stinckel bisher noch nicht in der Lage, einen genauen  
Termin für seine Ferien zu bestimmen; beide werden erst im  
Laufe des August darüber können. Der Ernährungsminister  
Hasenbein wird zunächst die Rückkehr des zurzeit beurlaubten  
Staatssekretärs Hoffmann abwarten, ehe er selbst seinen Urlaub  
antut. Wann es dem Reichsverkehrsminister Dr. Rohne  
möglich sein wird, in Urlaub zu gehen, hängt von der Erledigung  
einer noch zu bearbeitenden Fragen ab.

### Der Bürge.

Roman von T. S. Hall Caine.

97] Als alles still blieb, rief John nach einem:  
„Wo ist er? Wo?“  
„Kennst du den Mann nicht, den du hierher bringen hast?“  
antwortete ihm der Richter.  
„Nein. Doch ja — ja. Mein Bruder ist es — mein Bruder  
im Leiden, mein Bruder im Glend. Das ist alles, was ich weiß  
und warum ich mich kümmer.“  
„Wo aber ist euer Michael Surlods? Ich habe ihn etwas  
zu sagen. Wo ist er?“  
„Jungen Jürgen hat ich inzwischen etwas von seinem  
Schreden erhalt und rief ihn geräuschlos zu.“  
„Du Karr! Soll ich dir sagen, wo er ist? In diesen Augen-  
blick hatte John Jürgen Jürgen erkannt.“  
„Ich kenne diese alten Mann“, rief er. „Was hat er hier  
zu tun? Oh — Gott, erarme ich nicht! Ich vermag es ganz  
— er ist ja wieder zurück, in wieder kommen.“ „Ich hab ihn  
in den Ainen.“ „Dann schau er sich wieder.“  
„Wo ist dann euer Michael Surlods?“ rief er fort. „Wo  
ist er? Woher ist er? Woher ist er?“ „Spöck!  
Du des harnberigen Gottes unter, hundert!“  
„Was darfst du sagen, meine John nicht weiß. Er erinnerte  
sich nur noch, daß ihn Michael ein letzter Scherz verschunden hat  
und eine Frau sich über die ausgeschüttete Schelle seiner Wunden  
warf, ihn umarmte, in ihren Armen aufhob, seine bleichen  
Wangen küßte und immer und immer wieder rief: „O mein  
Gott — mein Gott!“  
„Es war Michael. John hat ich, erinnerte ich, und für seinen  
Sagendheit hat er erkannte er auch, wie hart ihn das Schicksal  
erschlagen, indem er Michael Surlods zu einem Scherz-  
schiedler, einem letzten Scherz, zu einem Scherz er-  
kennen gemacht hatte.“  
„Das war der harnberigen Scherz.“  
„John erinnerte unter ihm wie ein Tier, das seinen Lebens-  
hoch erlösen hat. Und während er lebte, erinnerte er sich, als  
die Erde unter ihm lag, wie er John Jürgen Jürgen er-  
kennen wie ein Scherz, wie ein Scherz.“

„Ja, du Karr! Das ist unser Michael Surlods. In seinem  
Herden hat du ihn hergeführt. Du Karr! Nicht zum ersten  
Mal hast du zu deinem eigenen Kollat, keine Partei ergriffen.“  
„Er würde in seiner Grundart noch mehr gesagt haben,  
hätte ihn nicht des Scherzen des Volkes unterbrochen und zum  
Schweigen gebracht.“  
„John aber hätte und sah und wußt, nichts anderes, als  
daß Michael Surlods es war, der zu seinen Füßen lag, daß  
Grella an seiner Seite in die, ihn liebte, ihn mit Küßen  
weil das den Anstehen eines guten Mannes, dem alle  
John hat und hätte und hätte und hätte für nichts anderes  
Augen und Ohren. Der Gedanke kam ihm, daß diese Zurückheit  
ihm hätte gehören können, ihm hätte gehören sollen und müssen,  
wenn nicht dieser Mann es gewesen wäre, der ihm die Liebe  
dieser Frau gemacht. Und die ganze Witterkeit seines vergifteten  
Fingers hat er, in die auf. Welcher Teufel der Gölle  
hätte ihn Spiel mit ihm getrieben, daß er seinen Feind zu  
seinem Freund gemacht? John ließ nicht leicht aufstehen,  
als er sah, daß er diesen Mann, der ihn dreimal belohnten  
— eines Vaters — einer Mutter — eines Weibes — in seiner  
Wunden getötet und geliebt und ihm mit süßem Scherz  
über phobische Wunden getragen, um ihn lebend heranzuführen zu  
bringen, die nur darauf wartete, ihr Antlitz auf ihn stellend  
zu zeigen.“  
„Dann erinnerte er sich, besessen er sich, besessen er war,  
Sollte er nach allem sein Herden doch ausführen? Sollte er  
eine Liebe und keinen hat angesehen? Seine Liebe zu diesem  
Weib? Keinen hat gegen diesen Mann? Was sollte er tun?“  
„So kämpfte die guten und bösen Regungen miteinander  
in Johns Herz um die Herrschaft. Doch der Kampf war bald  
erloschen. Die Liebe hat sich mit der Liebe, die Liebe hat  
in Michael Surlods ein Bild auf ihn, das er nicht mehr hätte  
können, was hat er den bräut — was die Liebe hatte in dem  
Schicksaligen Herzen des Glend, der hat sich besessen, besessen.  
John erkannte keine Schuld, nur die Verantwortung auf ihn  
zu legen, und sprach.“  
„Wann hat John seinen ihr gewißt, was er hat, wenn  
er John Jürgen gesehen hat, besessen er hat, besessen er hat  
Teufel hat nicht verlassen. John hat er sich — ein Karr  
Scherz, der er ein Karr unter Michael Surlods, sondern  
John erkannte, er hat seinen Leben lang, John hat erkannte“

meine Mutter, und ich schwur, dafür meinen Vater zu töten.  
Ich tat es nicht, sondern rettete ihn bei einem Schiffbruch, und  
er lebte in meinen Armen. Ein anderes Weib war an Stelle  
meiner Mutter und ein anderer Sohn an die meine getreten.  
Dann kam John, ich, diesen ein seines Vaters willen zu töten,  
und dies konnte ich nicht ausführen, denn ich hätte meinen  
Feind nie zu Gesicht bekommen, ich habe nichts anderes getan  
als bekannt, was ich zu tun beabsichtigte.“  
„Es war dies eine Ungerechtigkeit, die man nirgends sonst  
als in Irland begangen kann. Doch jetzt dünke ich Gott dafür.  
In jener Höhe, nach welcher ich mich schickte, wo alle Namen  
ausgelassen sind, das ist ein, der mein Freund wurde, mein  
Bruder, mein älteres Ich. Ich fing an, ihn zu lieben, und er  
liebte mich, ich wußte darauf zu warten. Ich hielt mich für ein  
wildes Tier und schloß mich vom Licht des Tages und der  
Gesellschaft der Christenmenschen aus. Er aber brachte Licht  
ins Dunkel meiner Seele.“  
„Kuh ich weiterfragen?“ rief er nach einer kleinen Pause,  
während welcher niemandes Stimme herrschte. „Ich habe ihn auch  
hierher gebracht. Und nun erkannte ich, daß es Michael Surlods  
ist. Der Mann, den ich zu erschlagen geschworen, ist der Mann,  
den ich zu retten suchte.“  
„In der Menge konnten einige ihre Tränen nicht mehr  
zurückhalten und ließen ihnen freien Lauf.“  
„Wann hat du ihn hergebracht?“ nahm nun der Richter  
des Wort.  
„Wann er ihn hergebracht?“ rief Jürgen Jürgen nun  
Hinter beglückten. „Nun, damit er festgenommen werden kann.  
Soll der Mann kommt zu ich Karr ihn!“ John erkannte den zwei  
Wunden von Karr hat zu, die mit Grella gekommen waren.  
„Soll!“ rief der Richter, seine Hand erhebend und die  
Wunden, die John vorhergelesen waren, wieder zu zeigen.  
„Da verlor Jürgen Jürgen seine Selbstbeherrschung voll-  
ständig und schrie: „Greiff ihn, sage ich!“ Und hat gegen den  
Richter wütend, laute er: „Wah, best, ich habe hier an Stelle  
des Königs von Danemark mit mich gebildet werden.“  
„Die Wunden traten wieder vor. Doch die Menge verstiegte  
sie und ließ sie ruhen.“  
„Jürgen Jürgen schaute vor ihm. „Du wirst einen  
Ratten hoch nach zeigen müssen. Soll ich gefangen — selbst  
be haben ist!“ John erkannte, er hat seinen Leben lang, John hat erkannte“  
(Fortsetzung folgt.)



# Die Arbeitszeitverkürzung für den englischen Bergbau rechtsgültig.

Kampf im Haus des Lords.  
Der Gesetzentwurf über den Achtstundentag in den Kohlenbergwerken wurde im Oberhaus in dritter Lesung angenommen, nachdem die Mitglieder des Oberhauses die Arbeiterpartei angehört. Durch ihre Verweigerung, ihre Stimmen zu beugen, die Regierung dazu gezwungen hatten, den Schluss der Debatte zu verlangen. Eine Anzahl Mitglieder des Oberhauses verweigerte die Zustimmung durch ihr Einbringen in das Oberhaus, wo sie stehen: „Bier Stunden für Euch und acht Stunden für die Bergarbeiter!“ Es gab noch andere heftige Ausfälle, als die königliche Genehmigung dem Gesetzentwurf erteilt wurde. Die Mitglieder der Arbeiterpartei unterbrachen während den Vortrag und riefen: „Das ist eine Schande, dieser Gesetzentwurf ist ein Mord!“

## Pilsudski erhält ein anderes Amt.

Das Ernüchterungsgefäß soll bald entleeren werden.  
Warschau, 8. Juli. (Drachbericht.) Da der Eindruck entstanden war, daß die Sejmverhandlungen über die Verfassungsänderungen sich hingehen könnten, suchte Ministerpräsident Bartel den Sejmarschall Katak auf, wobei er erklärte, daß die Regierung auf eine Erledigung der Vorlage bis zum 20. Juli großen Wert lege.

Bekanntere weitere Personalveränderungen sind vollzogen worden oder werden geplant. Zum Unterrichtsminister ist der Geographiprofessor Sulkowski, Vizeleitschaftsleiter im Statistischen Hauptamt ernannt. Sulkowski war im Jahre 1919 der Vertrauensmann Pilsudskis in der polnischen Delegation in Versailles. Ferner kehrt, wie die Presse meldet, seitens Pilsudskis die Niederlegung des Kriegsministeriums bevor. Als Nachfolger wird General Jeligowski genannt. Marschall Pilsudski soll durch Dekret des Staatspräsidenten zum Generalinspekteur der Armee, d. h. zum tatsächlichen Oberbefehlshaber ernannt werden. Er wird seinen Wohnsitz im Belvedere nehmen, das bisher als Palais des Staatspräsidenten diente.

Ueber die Beziehungen zwischen dem Generalinspekteur und dem Kriegsminister hat sich Pilsudski in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Anfang Juni dahin ausgesprochen, daß der Kriegsminister „in allen Fragen, die die Landesverteidigung betreffen, nicht seine eigene Meinung sondern die des Generalinspektors zu vertreten habe“. Der Kriegsminister trägt danach die parlamentarische Verantwortung, wird aber de facto dem Generalinspekteur unterstellt, der mit einer unkontrollierbaren Machtvollkommenheit ausgestattet wird. Eine derartige staatsrechtliche Regelung verlangt natürlich eine ungetrübte Harmonie zwischen den beiden Vertretern des Heereswesens. Durch eine Ernennung Jeligowskis würde diese Voraussetzung erfüllt, da dieser General, der Pilsudski zu Gefallen bereits unter Stragnis Ministerpräsidentenschaft im letzten Winter zum Kriegsminister ernannt worden war, zu den ergebensten Anhängern des Marschalls gehört. Zugleich bedeutet dieser neue Schritt Pilsudskis, der sich nunmehr aus dem Ministerrat zurückzieht, daß er seine tatsächliche Machtvollkommenheit mehr hinter den Kulissen auszuüben beabsichtigt.

## Kleine Auslandsnachrichten.

Wirkende in der Roten Armee. In Sowjetrußland steht die Einberufung des Jahrganges 1904 zum Militärdienst bevor. Im Zusammenhang damit weist die Moskauer „Pravda“ darauf hin, daß die Rekruten noch immer eine unrichtige Vorstellung von der Rolle und der Bestimmung der Roten Armee hätten. Die Jugend sehe das Soldatenleben noch immer im rosigen Licht, während die Rote Armee eine gute Lebensweise (1) sein müßte. Die jungen Rotarmisten klagen über „Klafflöcher“, die durch die harte Wirklichkeit „zerstört“ worden seien. Unter dieser „harten Wirklichkeit“ verstehen sie strenge Disziplin und militärische Dienstleistungen. Diese „Enttäuschungen“ führen zu Verletzungen der Disziplin und vor allem zum eigenmächtigen Verlassen der Truppe. Bei den Rekrutierungen kommen des öfteren Ausschreitungen infolge von Trunkenheit vor. Dieses Uebelriechel der alten zaristischen Epoche müsse energig beseitigt werden. Auch die Unterbringung der Rekruten lasse sehr viel zu wünschen übrig. Die Truppenreise seien zum Teil für die Aufnahme größerer Rekrutenformationen nicht vorbereitet. Die hygienischen Verhältnisse in den Kasernen seien nicht selten sehr schlecht.

Der abessinische Vertrag zwischen England und Italien hat dieser Tage ein kleines deutsches Nachspiel gefunden. Deutschland hat es für notwendig gehalten, die englische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß es mit Abessinien am 7. März 1905 einen Handels- und Freundschaftsvertrag geschlossen habe, der für Deutschland gewisse Rechte in sich schließe. Nämlich die Freiheit der Niederlassung und des Handels, sowie eine weitgehende Weisheitsbegünstigung. Das Auswärtige Amt in London hat, wie mitgeteilt wird, diese Erinnerung mit befriedigenden Erklärungen beantwortet. Italien hat im Jahre 1906 bei Abschluß des Garantieabkommens seinerseits ebenfalls die alten handelsvertraglichen Rechte bestätigt. Hoffentlich hat das Mussolini inzwischen nicht vergessen.

## Aus aller Welt.

**Zigarettenfabriken**  
in großem Umfang ist man in Berlin auf die Spur gekommen. Es handelt sich um zwei kleine Fabriken, die während des Tages ihre eigene Marke herstellen (siehe), nach Feierabend aber im englischen Familienkreis „Massary“ und „Sofetti“-Marken vertrieben. In dem einen Fall wurden 40.000 gefälschte Massary, im anderen 50.000 minderwertige Sofetti hergestellt und beschlagnahmt. Auch ein Händler, der den Vertrieb übernommen hatte, konnte festgenommen werden.

**Vier Todesopfer eines Sturzfluges.**  
Einer Meldung aus Augsburg zufolge, suchte eine Gruppe Arbeiter auf dem Heimweg vor einem Gewitter Schutz unter einem hohen Baum. Ein Blitz zerhieb den Baum in viele Stücke, wodurch vier Arbeiter sofort getötet, drei schwer und die übrigen leicht verletzt wurden.

**Die Schabellenbergkämpfer.**  
Von denen am 20. Juni in Kalkberg bei Berlin rund 100 Personen befallen wurden, haben nun doch noch 2 Todesopfer geerntet. Am Mittwoch sind 2 Frauen von 35 und 61 Jahren der Vergiftung erlegen.

**Ein schwerer Straßenbahnunfall.**  
Gelegentlich am Donnerstagsmorgen um 6 1/2 Uhr in Berlin. Te m p e l h o j beim Zentralkraftwerk. In einer etwas abseitsigen Stelle verlor ein Fahrer die Gewalt über seinen Wagen und fuhr mit voller Wucht auf den Fußweg der vorbeifahrenden Straßenbahnwagen. Die Plattform des nachfolgenden Triebwagens und beide Plattformen des nachfolgenden Wagens wurden durch den Stoß in die Luft geschleudert. Die Fahrgäste wurden verletzt. 11 so schwer, daß sie nach dem Krankenhaus überführt werden mußten.

**Schweizer nimmt seine Strafe an.**  
Michael Holzmayer, der im Auttler-Prozess zu einer Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren verurteilt worden ist, hat auf die Erfüllung eines Rechtsmittels verzichtet. Seine Berufung, die auch die Strafmilderung in diesem Fall keine Beratung einlegen wird, rechtskräftig geworden ist.

# Ruth, die Gefangene.



In der schönen Kettezeit  
Sitzt Ruth Fischer tief im Leid,  
Weil die Moskauer Despoten  
Ih, das Reisen ihr verboten.  
Da sie trotzdem fortgelassen  
Hat der Versuchung sie betrogen,  
Und das Herz voll tiefer Trauer  
Hütel Ruth den Vogelbauer.

Die Moral: Dreh' der Komintern  
Eigenmächtig nicht den — — Rücken!

## Auch Ruth Fischers Berater Maslow soll ungeschädlich gemacht werden.

Berladung nach Rußland beim Verlassen des Gefängnisses.  
Mit der gleichen Reichweite, mit der die Moskauer Machthaber versucht haben, Ruth Fischer, den einzigen Abgott der Kommunisten, ungeschädlich zu machen, soll jetzt auch Arkadi Maslow, der andere Führer des linken Flügels der kommunistischen Bewegung, erledigt werden. Er hat von der feinerzeit über ihn verhängten Gefängnisstrafe von vier Jahren über die Hälfte verbüßt und wird deshalb nach den bei politischen Gefangenen üblichen Maximen jetzt in Leipzig entlassen. In Feinddruck veröffentlicht die „Kote Fabne“ eine Bekanntmachung des kommunistischen Zentralkomitees, in der es wörtlich heißt:

„Wie wir erfahren, haben einige Genossen Einladungen für eine Begrüßungsfeier anlässlich der Entlassung des Genossen Maslow aus dem Gefängnis verfaßt. Diese Feier ist nicht von der Parteiorganisation veranlaßt. Wir fordern darum alle Genossen auf, dieser Veranstaltung fernzubleiben.“

Wenn man diese Bekanntmachung richtig würdigen will, muß man sich vor Augen halten, daß Maslow jahrelang in der Berliner Organisation gearbeitet hat. Er war neben Ruth Fischer ihr politischer Leiter und Instrukteur. Er hat zur Berliner Organisation infolge dessen die denkbar engsten persönlichen Beziehungen. Während seines Prozesses veröffentlichte die „Kote Fabne“ ein Begrüßungstelegramm des damals gerade tagenden Berliner Bezirksparteitages, in dem er für seine tapferen und mutigen Haltung vor den Richtern beglückwünscht wurde. Jetzt

erscheint in derselben „Kote Fabne“ ein Beschluß der Zentralnationalen Kominternkommission zur Angelegenheit des Genossen Maslow. Das Urteil dieser Kommission gegen den jetzt ungeschädlichen Oppositionellen lautet wörtlich:

„Nach Prüfung des biographischen Protokolls über das Auftreten des Genossen Maslow vor Gericht ist die ZK. zu dem Beschluß gekommen, daß sein Verhalten als Parteimitglied und besonders als eines der geistigen Führer und Mitglieder des Zentralkomitees nicht würdig war.“

Die Frage über seine Parteimitgliedschaft kann endgültig erst dann entschieden werden, wenn die ZK. die Möglichkeit gehabt hat, den Genossen Maslow persönlich zu vernehmen.“

In verständliches Deutsch übertragen, bedeutet dieser heuchlerische Beschluß nichts anderes, als daß die Moskauer Maslows Reise nach Rußland verlangen, wo er in Sibirien oder Lappland ungeschädlich gemacht werden kann. In Berlin ist Maslow für die Politik der Moskauer Gebühre die größte Gefahr. Bei seinem immer noch starken Einfluß auf die Berliner Organisation ist er hier vielleicht zusammen mit Ruth Fischer und Urbahn insoweit, das Steuer herumzureißen. Bei der stark oppositionellen Einstellung anderer großer KPD-Organisationen (Leipzig, Hannover, Kurggebiet usw.) kann dadurch eine Schwelung der ganzen Partei und vor allen Dingen der kürzliche Konflikt mit Korkau herbeigeführt werden.

## Die Außenpolitik der baltischen Staaten.

Aus Lettland wird uns geschrieben:  
Der Besuch des finnischen Präsidenten in Lettland hat wieder einmal die baltischen Staaten in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Einmal hinsichtlich ihrer Beziehungen untereinander, ein andermal im Hinblick ihrer Beziehungen zu Rußland und Deutschland.

Der politische Begriff der baltischen Staaten ist dem geographischen nicht gleichzusetzen. Estland, Lettland und Litauen bilden geographisch die baltischen Staaten. Das baltische Bündnis jedoch, wie es z. B. vom verstorbenen Minister Reiterowicz angeführt wurde, sollte einerseits auch Polen einbeziehen, andererseits Litauen draußen lassen.

Dieses — größere — baltische Bündnis ist heute nichts als Zukunftsmusik. Hieran ändern nichts die gegenseitigen Behauptungen, die von Zeit zu Zeit in der Sowjetpresse wiederkehren.

Zur Zeit kann man bloß von einem Bündnis zwischen Lettland und Estland sprechen, das sowohl politische als wirtschaftliche Momente berücksichtigt. Dies tritt schon rein äußerlich dadurch zu Tage, daß beide Staaten beim gegenseitigen Verkehr die Zölle abgeschafft und den Weg einer Zolunion beschritten haben.

Die Beziehungen beider Staaten zu Finnland sind in letzter Zeit besonders intim geworden. Dies kam bei den Baltischen Verhandlungen mit der Sowjetunion evident zum Ausdruck. Alle drei Staaten beantworteten den russischen Vorschlag mit gleichzeitigen und gleichlautenden Notizen, um solcher Art ihr Handlungsgelände offen zu demonstrieren. Inwiefern die bezüglichen Verhandlungen praktische Resultate zeitigen werden, wird die nächste Zukunft zeigen.

Nicht ganz so intim wie mit Estland sind Lettlands Beziehungen zum benachbarten Litauen. Wohl fehlt es drüben und hüben nicht an Stimmen, die einem beiderseitigen Bündnis das Wort reden, wie es zuletzt der neue litauische Premierminister getan hat. Trotzdem bleibt es eine Tatsache, daß Litauen mehr nach Rußland tendiert, und es z. B. geforderte Waffenverhandlungen angeknüpft hat. Auch die Litauische Frage steht der lettisch-litauischen Annäherung insofern im Wege, als Lettland — so behauptet man wenigstens in Litauen — es weber mit Polen noch mit der Entente verdröben möchte und sich daher in seinen Beziehungen zu Litauen eine gewisse Reserve auferlegt. Nach allem kann man bloß von den ersten Anfängen eines baltischen Bündnisses sprechen, dessen weiterer Ausbau einer späteren Zukunft beschieden sein dürfte.

Die polnische Regierung und die Ukrainer. In einer Unterredung mit ukrainischen Politikern erklärte der polnische Innenminister Miodjanowski, daß die gegenwärtige Regierung bei den Wünschen der Ukrainer zwischen Maximalforderungen einerseits und laudenden Angelegenheiten andererseits unterscheidet. Ueber solche Punkte des Nationalprogramms, die wie die Forderung nach einer Territorialautonomie, in die erste Kategorie fallen, könnte nicht sofort entschieden werden. Ganz anders verhalte es sich dagegen mit den Forderungen, die das ukrainische Schulwesen, die Sicherung einer tatsächlichen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung und dergl. betreffen. Auf die ukrainische Schule hätten die Ukrainer ein unbestreitbares Recht; zweisprachige Schulen (wie sie im vorigen Jahr vom Kultusminister St. Grabski eingeführt wurden) seien ein Konzess, jede Polonisierung schädige in erster Linie den polnischen Staat selbst. — Diese Erklärung darf als die erste dem Ton und Inhalt nach bemerkenswerte Verlautbarung über die politischen Absichten der Regierung Bartol-Pilsudski auf dem Gebiete des Minderheitswesens angesehen werden. Die Reichspresse äußert sich in den letzten Tagen mit steigender Beförnis über die „destruktiven Pläne“, die das Kabinett in der Nationalitätenfrage hege.

## Von einer schweren Unwetterkatastrophe

wurde in der Nacht zum Donnerstag das nördliche Thüringen und besonders das Eichsfeld heimgesucht. Der Mittelpunkt des Unwetters war die Stadt Worbis, über die von 9 Uhr abends bis 3 Uhr morgens zahlreiche Gewitter ungeheurer Regenmassen ausschütteten. In manchen Straßen stand das Wasser bis zu einem Meter hoch. Zahlreiche Brücken wurden eingerissen, auf dem Friedhof stürzten Denkmäler um und senkten sich die Gräber. Großer Schaden ist auf den Feldern verursacht worden; zahlreiches Kleinvieh ist umgekommen. In Nord-Thüringen wurde besonders Schlotheim und Umgebung durch einen Massenbruch heimgesucht. Einige Dörfer wurden unter Wasser gesetzt, auf der Domäne Desterlörner sind 450 Schafe ertrunken. Die Wassermassen, die mitten in der Nacht durch Schlotheim hereinströmten, brachten fünf Häuser um Einsturz; zehn weitere Häuser wurden so sehr beschädigt, daß sie abgerissen werden müssen. Die Verbindung mit dem Orte Körner ist vollständig unterbrochen. Landespolizei wurde zur Hilfe gerufen.

Ein 23jähriger Dufmörder  
namens Glittmann wurde am Donnerstag in Braunschweig zum Tode und zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Glittmann hatte bei hohem Schnee ein 12jähriges Mädchen in eine einkame Straße Braunschweigs gelockt und es dort durch Zusammenstoß getötet. Als das Kind tot war, hat er sich an ihm vergangen. Eine Woche später überfiel er in einem öffentlichen Hause eine Prostituierte, um sie zu töten. Bei dem Täter hat sich schon frühzeitige Umgrauamkeiten gezeigt. Durch dieser trauhaften Verurteilung hielt ihn der Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Königslutter, der ihn sechs Wochen beobachtet hatte, für sein Handeln verantwortlich. Auf Grund dieses Gutachtens wurde Glittmann wegen Mordes an dem kleinen Mädchen zum Tode und wegen des Mordes auf die Prostituierte zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

Verunglückte Kraftfahrer.  
Ein mit Kraftwagen besetztes Automobil kam bei dem Dorfe Hock bei Wittenberg in Nordthüringen ins Gleiten und überschlug sich. Von den 17 Insassen waren 4 Frauen auf der Stelle tot und 14 schwer verwundet.

Ein Eisberg zerbrach.  
Nach einer Meldung wurde in Ostens Anzeige gemacht, daß ein großes Eisberg zerbrochen worden sei. Die Beifahrer

Kenntnissen sollen in schwedische umgewandelt worden sein. Alle Wasserflugzeugstationen Europas sind gebeten worden, das Flugzeug anzuhalten.

Die Löwen sind los!  
Man kennt das Thema bereits aus dem schönen Gedicht vom „Löwen von Florenz“, der großmütig, wie Löwen manchmal zu sein pflegen, die von halbwüchsigem Beute wieder hergab. Das Geschlecht der so großmütigen Löwen scheint in Italien noch nicht ausgestorben: Aus Cremona kommt die Nachricht, daß aus dem Zirkus Germani eine Truppe von zwei Löwen und drei Löwenbären aus dem Käfig von einem Löwenführer durch die Stadt angetrieben habe. Einige Pferde, die man unterwegs traf, um zu verpeilen gedachte, wehrten sich aus Verbestärken und die so jämlich bestiegen Könige der Tiere trotztens vertrieb davon. Eine Löwin hatte jedoch mehr Glück, sie brang in einen Stühnenfall ein und verpeilte dessen Insassen. Eine andere Löwin machte sich durchaus kein Gewissen daraus, unbefugter Weise in die Städtische Gasfabrik einzudringen und einen dort schlafenden Kater sich zu Gemüte zu führen. Nachdem die Abenteuerlust der Löwenfamilie sich ausgelastet hatte, ließen sie sich fromm wie Lämmer wieder in den Zirkus zurückbringen.

Die Kämpfer in Sowjetrußland.  
In der ukrainischen Republik Krasnoj-Galerinaslaw, ist in dem Dorfe Wl. Komarka eine Gemeinde gegründet worden, die nur aus Frauen besteht. Es handelt sich nur um wenige Mitglieder, die sich dort befinden. Der Bürgermeister hat in dieser Hinsicht Krasnoj-Galerinaslaw gebildet, so daß dort eine Anzahl von Frauen wohnen. Um ihnen einen Lebensunterhalt zu gewähren, hat man ihnen das erwähnte Dorf zugewiesen. Es ist nicht ganz klar, ob die Frauen das Recht haben, einen Mann zu heiraten oder ob sie in jedem Falle den Dorfverwalter haben. Die Frauen, die die Gemeindegliederungen bilden, werden nicht getauft, sondern leben in der Ehe. Die Gemeinde hat 12 Mitglieder.

Stillschließung auf dem Eisberg.  
Die dem Eisberg zugehörigen Personen sind in der Nacht zum Donnerstag in Ostens Anzeige gemacht, daß ein großes Eisberg zerbrochen worden sei. Die Beifahrer







Breslauer Nachrichten.

Breslau, 9. Juli.

Die Abänderung des Mieterschutzgesetzes.

Mit dem 1. Juli 1928 sind auf ein Jahr Abänderungen der Mieterschutzbestimmungen in Kraft getreten. Sie haben eine Neufassung des Gesetzes (R.-G.-Bl. S. 347) notwendig gemacht. Ihr wesentlicher Inhalt soll dem Verständnis näher gebracht werden. Er betrifft Erleichterung der Vertragsaufhebung wegen Zahlungsverzugs des Mieters, Beschränkung der Ersatzraumbeschaffungspflicht, Begünstigung der Wohnungsteilung etc. Der Vermieter kann jetzt auf Aufhebung klagen, wenn der Mieter mit einem Mietbetrag in Verzug ist, welcher den für die Dauer eines Monats zu entrichtenden Mietzins übersteigt. Bei einem dem Betrag für zwei Monate nicht erreichenden Rückstand ist Klageerhebung aber erst zwei Wochen nach der Fälligkeit zulässig. Der Aufhebungsanspruch besteht jedenfalls in Zahlungsverzugsfällen nicht, wenn der Rückstand auf irrtümliche Aufrechnungs-Minderungs- oder Zurückhaltungsrechte zurückzuführen ist. Die Aufhebung des Mietverhältnisses ist nicht mehr zulässig, wenn der Mieter bis zum Ablauf von zwei Wochen nach Klage, spätestens jedoch bis zum Schluß der erstinstanzlichen Verhandlung, in der das Urteil ergeht, den Vermieter befriedigt oder eine zulässige Aufrechnung erklärt. Damit das Wohlfahrtsamt in die Lage kommt, gegebenenfalls für den schuldlos nicht zahlungsfähigen Mieter einzuspringen, hat das Gericht von jeder auf Mietsrückstände gestützten Woche sofort der Fürsorgebehörde Nachricht zu geben. Die Absicht des Vermieters, einen Mietraum selbst in Gebrauch zu nehmen, rechtfertigt allein bisher die Aufhebung des Mietverhältnisses nicht. Diese Bestimmung bleibt zwar grundsätzlich bestehen. Eine Ausnahme besteht fortan für die Fälle, in denen der Eigentümer eines vor mehr als drei Jahren erworbenen Grundstücks einen zu gewerblichen Zwecken vermieteten Raum für eigene gewerbliche Zwecke dringend braucht.

Wird ein Mietverhältnis, das sich ausschließlich oder teilweise auf Wohnraum bezieht, lediglich wegen eigenen Interesses des Vermieters am Raum aufgehoben, so ist die Zwangsverhaftung davon abhängig zu machen, daß für den Mieter ausreichender Ersatzraum gesichert ist. Dieser Anspruch im Urteil kann aber unterbleiben, wenn die Verletzung des Ersatzraumes keine unbillige Härte für den Mieter darstellt. Wird ein Mietverhältnis über Wohnraum deswegen, weil der Mieter den Gebrauch des Mietraumes unbefugt einem Dritten überlassen hat, oder wegen Mietzinsrückstand aufgehoben, so kann die Zwangsvollstreckung von der Sicherung ausreichenden Ersatzraumes abhängig gemacht werden, wenn dies zur Vermeidung unbilliger Härten erforderlich erscheint. Wird aber ein Mietverhältnis, das sich auf anderen als Wohnraum bezieht, wegen eigenen Interesses des Vermieters am Raum aufgehoben, so ist die Zwangsvollstreckung von der Sicherung eines Ersatzraumes nur dann abhängig zu machen, wenn der Mieter beweist, daß bei Verletzung des Ersatzraumes dringende öffentliche Interessen gefährdet werden würden.

Wird die Zwangsvollstreckung von der Stellung eines Ersatzraumes abhängig gemacht, so kann jetzt auch der Vermieter dem Mieter einen Ersatzraum anbieten, über den er verfügungsberechtigt ist.

Sehr wesentlich ist eine neue Bestimmung für Arbeitnehmer. Ist nämlich ein Raum nur mit Rücksicht auf ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis, das zwischen den Parteien besteht, vermietet worden, so gelten die Mieterschutzbestimmungen auch über die Dauer des Mietverhältnisses hinaus. Ausdrücklich wird aber betont, daß gewerkschaftliche Betätigung, insbesondere eine Beteiligung an Bestrebungen zur Erhaltung oder Verbesserung von Lohn- oder Arbeitsbedingungen, die Aufhebung des Mietverhältnisses nicht rechtfertigt.

Von den Untermietern haben nur diejenigen auf Mieterschutz Anspruch, die Wohnraum inne haben und darin eine eigene Wirtschaft oder Haushaltung führen.

Bei Teilung unbenutzter oder benutzter Wohnungen von fünf oder mehr Wohnräumen, finden auf die neue Wohnung die Mieterschutzbestimmungen keine Anwendung. Entsprechendes gilt, wenn aus gewerblichen Räumen eine räumlich und wirtschaftlich selbständige Wohnung gewonnen wird, wofür nicht die Räume bis zum 1. Oktober 1918 zu Wohnzwecken bestimmt oder benutzt waren. Begrüßenswert ist die neue Bestimmung, die den Mietzinswucher und den Vergütungswucher bei Vermittlungsvermittlung unter Strafe stellt.

Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel.

Der Polizeipräsident gibt bekannt: In der letzten Zeit haben bei öffentlichen Demonstrationen wiederum schwere Ausschreitungen stattgefunden, die sich insbesondere auch gegen die Polizei richteten. Polizeibeamte, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung einschreiten, sind mehrfach angegriffen und verletzt worden. Die Stimmung weite Bevölkerungskreise ist durch behauerliche Einzelereignisse augenscheinlich außerordentlich gereizt. Die fortdauernde unmittelbare Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zwingt mich erneut, bis auf weiteres alle Versammlungen und alle Umzüge unter freiem Himmel auf Grund des §. 10, II, 17 des Allgemeinen Landrechts zu verbieten. Das Verbot tritt sofort in Kraft.

Auch eine Betrachtung zum Falle Josephine.

Uns wird geschrieben: Die Sensation ist aus. Die unglückliche Kronprinzessin wird bald im Dunkel ihrer Anstalt, die Nebenlägerin im Strudel des Großstadtlebens vergessen sein. Ueber den Angefallenen hat der Erfolg den Stab gebrochen. Ob wirklich der ungeheure Apparat des Sensationsprozesses notwendig war, (der dem auf tiefere Psychologie gerichteten, kaum etwas Interessantes bot, es sei denn die psychologische Rückständigkeit unseres gesamten Justizwesens) ist zu bezweifeln. Aber auf etwas anderes prinzipiell Wichtiges wird man durch den Urteilspruch hingeführt. Haben wir wirklich schon ganz vergessen, daß wir einmal ein Schwurgericht hatten und heute davon nur noch ein Schatten besteht? Daß die Sparmaßnahmen, verordnungen des Herrn Gamminger uns einen Justizrückschritt gegenüber der wilhelminischen Epoche gebracht haben? Bei

Die kommende Gartenstadt.

Unabsehbare Schäden, die infolge hemmungsloser Menschenanhäufung in Städten und Industriezentren zutage getreten sind, sollen durch gesetzgeberische Maßnahmen ausgeglichen werden. Der Versuch des Preussischen Wohlfahrtsministeriums, endlich wieder zu einem gesünderen Wohnwesen zu gelangen, bringt in der Veröffentlichung des „Entwurfes eines Städtebaugesetzes“ (Verlag C. Heymann, Berlin) neue einschneidende Gesichtspunkte zur Geltung. Gedacht ist an die Schaffung größerer und kleinerer Grüngelände in und an den Städten, damit sich diese nicht weiter zu endlosen Häusermassen ausdehnen. Hierbei ist die Tatsache festzustellen, daß der Gartengedanke in der preussische Gesetzgebung sehr erfreulich eingedrungen ist. Die Erkenntnis der Bedeutung ausreichender Grünflächen zur Erhaltung und Erstarbung unserer Volkswirtschaft verleiht einen Ausblick gegenüber den nachteiligen Wirkungen der durch den Mietskasernenbau entstandenen Häusermeere.

Sollte ein Städtebaugesetz zustandekommen, das die Grünlands-Gestaltung und Stadt-Ausdehnung ermöglicht, so wird die Durchführung der Ackerhausiedlung oder der Siedlungen abseits der Stadt kaum auf Schwierigkeiten stoßen. Schwieriger liegen die Verhältnisse im Bereiche einer Großstadt. Nach wie vor wird ein großer Teil der Bevölkerung in unmittelbarem Anschluß an den Großstadtkern angesiedelt werden müssen, wo oft hohe Bodenpreise den Flächenbau nicht zulassen, daher zum Stockwerksbau gezwungen werden muß. Für diese neuen Wohnstätten ist die Verteilung von Baublock und Grünfläche von grundlegender Bedeutung. Beide müssen Selbstzweck haben und doch miteinander organisch verschmelzen, um größte Ruhungsmöglichkeit zu erreichen und zugleich zur höchsten Entfaltung aller schönheitlichen Reize zu kommen.

Der Gesetzentwurf behandelt in fünf Abschnitten die gesamten städtebaulichen Fragen und faßt die in Einzelgesetzen, Verordnungen usw. verstreuten städtebaulichen Bestimmungen zusammen. Dabei ist eine ausgesprochene Grünflächenpolitik durch planmäßige Bereitstellung von Flächen für Kleingärten, Spiel- und Sportflächen, Friedhöfe, Park- und Gartenanlagen gekennzeichnet, um so eine bessere Entwicklung der Städte auf längere Sicht vorzubereiten.

Zu begrüßen sind die „schönheitlichen Forderungen“ und daß die Schönheit und Eigenart eines Fernblickes“ mit unter Schutz gestellt werden sollen. Im weitestgehenden Maße wären diese Forderungen im innigen Zusammenarbeiten von Architektur, Gartenkunst und Städtebau zu erfüllen. Für das Stadtbild ist die Erfüllung der Fernwirkung das Bedeutendste und vor allem die Raumgestaltung des Straßenbildes zu beachten, während eine stärkere Ausdehnung der Häusermassen durch Kleingärten und öffentliche Grünanlagen bedingt wird. Natürliche Schönheiten, Seen und Flüsse, festliche Schluchten, Höhen und Tiefen, Wald und Heide, wird man nach Möglichkeit für Parkanlagen der Stadt zu erhalten suchen, denn solche Art Gartenkunst gibt die größten Wirkungen bei geringsten Kosten. Die bestehenden Werte als gestaltende Elemente zu nutzen und zu erhalten, wird abseits vom Formalen und Althergebrachten eine schöne Aufgabe des modernen Städtebauers sein.

Erwünscht ist, daß die Großstädte durch Grüngürtel abgeschlossen werden, die das starre Menschenmaß mit der lebendigen Natur, die Stadt mit dem Land, verliert. Solche Grüngürtel an der Peripherie der Stadt sollen für Gärten und Promenaden, für Ackerbau und Viehhaltung bestimmt sein, und erst hinter dem Grüngürtel würden Vor- und Nachbarrstädte entstehen, die organisch miteinander verbunden, auch wieder von Grüngürteln zu umgeben sind. Dadurch wäre die Entwicklung endloser Häusermeere verhindert.

Es ist eine bedeutende Kulturaufgabe unserer Zeit, daß wir uns von jenem System des Städtebaues, welches im vorigen Jahrhundert so abschreckliche Blüten gezeitigt hat, abwenden und zur Gartenstadt hinstreben. Im heutigen Zeitalter der Maschinen wird der Mensch wellenweit von der Natur entfremdet und kann sich nicht frei und kraftvoll entwickeln. Nur ein Leben, im Schaffen und Denken an die Natur geknüpft, Bewegung, Kraft und aufbauender Wille, führt den Menschen auf dieser gesunden Grundlage aufwärts. Die Gartenstadt soll den Menschen zur Natur emporheben, ihm Verständnis und Genuß ihrer lebenspendenden Kraft, ihrer Schönheit und Reinheit unmittelbar nahe bringen.

Gartenarchitekt Pietzner, Breslau.

Der völligen Angleichung der heutigen Schwurgerichtsurteile an jene der übrigen Strafgerichte drängt sich diese Tatsache von neuem auf. Der Angefallene kann heute, wie Josephine, auch vom Schwurgerichte freigesprochen und zugleich moralisch vernichtet werden. Ob dies im vorliegenden Falle inhaltlich berechtigt ist oder nicht, soll hier nicht untersucht werden. Aber der Sinn des früheren Schwurgerichtes war eben jenes bedingungslose und ohne Angabe von Gründen ausgesprochene Ja oder Nein des Richters auf die Schulfrage, an das der Berufsurteil gebunden wurde. Für den Freigesprochenen lag darin (und wenn er auch den Freispruch nur der nicht erreichten Zweidrittelmehrheit für die Befreiung der Schuldfrage verdankte) die radikale Befreiung nach den Qualen der hochnotpeinlichen Unternehmung, für den Verurteilten die hinzunehmende Unabänderlichkeit des vom Volke geäußerten Spruches, dessen Auswirkungen auf das Strafmaß allein begründet wurden. Heute ist in der Begründung, die der Jurist auch bei diesen Kapitalverbrechen geben muß, seiner Berufseinstellung und seinen, wie auch immer gearteten pädagogischen und moralischen Betrachtungen freie Bahn gegeben. Das Schwurgericht aber ist keine Disziplinarinstitution. Vor ihm steht der Angefallene, losgelöst von jenen sozialen und beruflichen Gebundenheiten in seiner nackten Menschlichkeit, Aug' in Aug' mit der Frage: schuldig oder nicht schuldig? So war es in vorliegendem Falle ebenso falsch, dem Angefallenen die Beihilfe des Blases auf der Anklagebank zu erparieren — er sah betänlich zwischen seinen Verteidigern — wie in dem Urteilspruch die Beziehung auf seinen richterlichen Beruf in den Vordergrund zu schieben.

Für uns stehen heute andere Fragen als die Justizreform im Brennpunkt des Interesses. Gewiß ist das Problem der Arbeitsbeschaffung heute eine wichtigere Tagesfrage. Wenn aber einmal der Tag kommt, an dem alle Kräfte auf den Kampf um die Neugestaltung der Justiz konzentriert werden müssen, wird eine der Forderungen lauten müssen: Wiederherstellung der echten Schwurgerichte!

„Christlich“ und „human!“

In ihrem Schmerze, daß es nicht mehr so wie früher ist, schweigen die rechtsstehenden Zeitungen und Reaktionen wenigstens in der Erinnerung derselben. Von diesen herrlichen Zeiten die herrlichsten waren ihnen natürlich die Kriegsjahre, denn für sie galt nicht des Dichters Wort: ein fürchtbar Schrecknis ist der Krieg, die Herde schlägt er, und den Hirten. Man lese nur einmal die regelmäßig wiederkehrenden bluttriefenden Erinnerungen in diesen Zeitungen aus dem Weltkrieg, dann erkennt man, wessen Gedächtnis diese Menschen sind. Ja, eine Probe sei heute hier gegeben, damit auch wir wieder einmal uns bewußt machen wie schön doch diese Zeiten waren, vor allem, wie christlich und human, und wie grünlich und grünlich in jenen Zeiten noch heute so viele sind, nämlich die oben erwähnten Zeitungen samt ihrem Anhang.

Bei uns leidet in diesen Dingen die „Schlesische Zeitung“ an Vorbenanntem immer etwas Besonderes. Am vorigen Sonntag begehrte sie sich für den Sommerfesten, der nach ihrer Meinung sehr schön gewesen sein muß. Es ist da von vielen treuergefühnten Dingen die Rede, auch von „vorbildlichem Willensstärker“ (überlebt vorbildlichem Nord an Menschen). Die „keine Differenz“ die bei solchen „Abnoten“ Schilderungen gegenüber der von dieser Welt so oft betonten christlichen Weltanschauung zutage tritt, stört die Herren wenig. Sie erleben diese fürchterlichen Schlägen, bei denen Hunderttausende von Menschen zugrunde gingen, noch einmal auf dem Papier und haben offenbar große Freude daran.

Was für goldene Zeiten waren das doch! Wie dankbar mühten wir doch den Fürsten und den damaligen Regierungen sein, die zu solchen Zeiten geführt haben. Dafür bekommen die Fürsten jetzt die gemühten Milliarden, damit sie mit deren Hilfe wieder die alten, glorreichen Zeiten zurückrufen können? Ehre und Dank gebührt wohl auch den Bischöfen, daß sie diese Zeiten damals nicht verhindert haben, indem sie, wie jetzt, gegen den Volkswillen sich zu Julia und Kreising verdammt hätten, um mit Macht auszurufen: laßt das Liden, laßt das Morden! Das 5. Gebot kennen sie eben nicht so gut, wie das 7. Gebot, das sie in Sachen des Volkswillens immer im Munde führten.

Uns soll es sehr recht sein, wenn genannte Zeitungen immer wieder solche lieblichen Kriegserinnerungen bringen. Größer als die Zahl derer, denen sie gefallen, wird wohl die Menge jener sein, denen darüber die Augen aufgehen und die mit uns jene alte Zeit verabscheuen und eine neue herbeisehen und erziehen, eine Epoche der Völkervereinigung, der Brüderung, der Humanität und Menschlichkeit.

Räufende Meute.

Wenn ein Stahlhelmbandit einen Arbeiter niederschlägt, dann haben im gleichen Augenblick die Herren Redakteure der „Schlesischen Zeitung“ und „Schlesischen Tagespost“ ihr Gehör so ziemlich verloren. Es langt dann gerade noch soweit, um eine „Tatsache“ zu verzeichnen, die selbstverständlich — wie das bei deutschnationalen Blättern üblich ist — „gemühtenhaft“ publiziert wird.

Wenn zehntausend Republikaner und mehr gegen völkisches Verbrechen und feigen Mord demonstrieren, dann weiß das zwar die ganze Stadt, aber in den schwarz-weiß-roten Redaktionen erhebt sich keiner der Herren von seinem Sessel, um zu sehen und — was einem deutschnationalen Redakteur besonders dienlich ist — auch einmal zu hören. Deshalb sind diese Leute auch stets so „ausgezeichnet“ informiert und wissen über alle Dinge so zu berichten, wie es ihren Lesern besonders gut gefällt.

Ueber unsere Rundgebung drückt die „Schlesische Tagespost“ ein aus ihrem „Reizkreis“ angeblich herrührendes Schauer-märchen ab, das der „Schlesischen Zeitung“ gut gefallen hat, was sie durch Nachdruck beweist. Dann kommen in beiden Blättern die schönen Wendungen vom roten Terror, sozialistischer Hebe und andere für Spießergänsehäute besonders berechnete Bemerkungen. Am Ende findet man noch die Gelegenheit zu einer rüden Kümmelei gegen Severing, und die Berichterstattung ist ausgetanzen.

Den Kommunisten können wir es auch nicht recht machen, so ist aus ihrer Berichterstattung herauszuliegen. Demnach haben wir also richtig gehandelt.

Das ist ihr Geist.

Wie uns Bewohner der Häuser Langegasse 52/54 mitteilen, hält eine Stahlhelmpatrouille ihre regelmäßigen Versammlungen in der Konditorei S a u b e r l i c h ab, deren Verlauf in der letzten Zeit, wahrscheinlich aus Freude über den jüngsten Stahlhelmmord, geradezu wüste Formen angenommen hat. So wurden — abgesehen von dem Standal, den diese wüsten Burken am 7. 7. bis spät in die Nacht hinein vollführten — von der Führern folgende Bezeichnungen an die „Kameraden“ erteilt.

Auf der Fahrt nach Schweidnitz sind die Gummiknäuel im Rudel verstaubt.

Reißer dürfen nur 10 Zentimeter lang sein. Radfahrerschlüssel ist auch nicht erlaubt, dafür kann man aber einen guten Haus-schlüssel nehmen, mit dem sich sehr gut zuhauen läßt.

Wenn sie (die Stahlhelmer Red.) nach Schweidnitz kommen und es sagt einer nur einen Ton, dann wird ihm mit den Fingern in die Augen gefahren.

Daß Doktor, der Erschossene, Familienvater ist, mag behauerlich sein, aber wenn wir noch 10 davon erschossen haben, wird die Bande vor uns schon Respekt bekommen.

Für die Fahrt nach Schweidnitz werden Militärzüge besorgt. Sie werden bei der Reichswehr geliehen, doch darüber darf niemand sprechen.

Das ist ein Bruchteil der Unterhaltung, durch Zeugen festgehalten. Als sich die Arbeiter über den Lärm beschwerten, schrie die Horde: „Ihr verfluchten roten Hunde, euch holen wir noch herunter!“ Und zu den Frauen: „Ihr B . . . n, macht, daß ihr hineinkommt.“

Wir stellen diese Tatsachen lediglich fest und erlauben die Polizei, hier Ordnung zu schaffen. Vor allem dafür zu sorgen, daß die Bewohner jener Nachbarschaft von diesem Gesindel nicht weiter beschimpft werden.

Ueber die Kultur ihrer Schützlinge aber kann die Rechtspresse gelegentlich einmal nachdenken.

Der Stand der Eingemeindungsverhandlungen.

Zwischen Vertretern des Magistrats und der Presse fand am Donnerstag eine Aussprache über die Eingemeindungsverhandlungen statt, die im wesentlichen kaum neue Momente ergab. Festgestellt wurde, daß unter der Einwirkung der höchsten Wirtschaftstage der Widerstand mancher Landgemeinden gegen eine Eingemeindung geschwunden ist. Beamte, Arbeiter, Angestellte und Erwerbstätige erwarten durch die Eingemeindung in die höhere Ortsklasse eine Aufhebung ihrer Beiträge. Die Stadt und der Landkreis sind bestrebt, die Eingemeindungsverhandlungen mit möglichst bester Lösung zu führen. Die Grundlage zu den















# Für die Frauen

## Friede.

Von Christian Morgenstern.  
Wie weich sich Form und Farbe bilden  
in Sommertags glühendem Hauch:  
Das Dorf im Schatten alter Linden,  
ein rötlich Dach, ein Wäldchen Rauch;

der Bergbach, dessen hellere Eile  
sich glühend durch die Wiese webt:  
der Straße laubverhüllte Zeile,  
die ahndevoll zur Ferne strebt;

und all dies gültig eingeschlossen  
von hoher Felder Gold und Duft;  
und alles klammernd überfließen  
von lachender Lust . . . .

Ich schau des Herdrucks fromme Kreise  
zum hohen Bau erblickend ziehn —  
und meine Seele füllen leise  
des Friedens süße Harmonien.

## Der Abgrund.

Von Max Barthel.

Lisa war achtzehn Jahre alt, Genotypistin, sehr hübsch gewachsen und erlebte wechselnde Abenteuer. Ihr vorliegendes Abenteuer war eine Liebeschaft mit dem Mechaniker Paul; drei Wochen Schwärmerie in den Frühling hinein, von der nichts blieb als eine hoffnungslose Freundschaft. Dieser Mechaniker Paul wartete mit Lisas Schwester Johanna in dem billigen Hinterhauszimmer auf das Mädchen. Als sie endlich kam, gab es eine große Begrüßung, herzliches Händeschütteln und zwischen den zwei Menschen das flüchtige Farbenpiel von Rot und Weiß in den Gesichtern. Eine leichte Welle vertrauter Zärtlichkeit verschwenkte sehr schnell.

„Das ist schön, daß ich dich wieder einmal sehe, Paul,“ sagte Lisa. „Du warst eine ganze Woche lang unsichtbar. Was ist in dieser Woche alles passiert? Dieser Berger!“ erzählte sie lachend, gekerkert Nacht bin ich erst um zwölf Uhr nach Hause gekommen. Er ging mit bis an den Hausflur.“

„Würden Sie es frech finden, wenn ich Sie küsse?“ fragte er. „Ich finde es frech, daß Sie erst fragen,“ sagte sie. „Ich habe dich verhängnisvoll lieb!“ sagte er. Wörtlich: „Verhängnisvoll lieb.“ „Was soll ich machen, Hanna? Soll ich nachgeben? Ja oder Nein?“

„Ja und Nein,“ sagte Paul verbittert. „Tu doch, was dir das Herz eingibt! Natürlich will dich der Berger nur haben. Das ist fast immer das Ende und nicht der Anfang wie du vielleicht denkst. So einem Mann wie Berger gegenüber ist eine Frau fast immer machtlos.“

„Du bist nur eifersüchtig,“ Paul, sagte Lisa. „Es ist natürlich Dummheit, vor dir über diese Dinge zu reden. Aber du wolltest doch mein Freund sein, und du sollst nur als Freund reden und raten. Du kennst den Berger doch gar nicht? Er ist Chef unserer Abteilung. Der Abgott der anderen Mädchen. Die würden mit Begeisterung auf seine Anträge eingehen. Wenn du wüßtest, wie ich ihn quäle! Wie ich ihn um einen einzigen Kuß betteln lasse! Nein, ich bin dem Berger gegenüber nicht machtlos!“

„Was heißt überhaupt machtlos,“ sprang Johanna in das Gespräch. „Machtlos, machtlos! Eine Frau ist niemals machtlos! Sie hat alle Macht. Und wenn sie sich hingibt, da gibt sie sich ja gar nicht hin. Der Mann gibt alles hin! Seine Ruhe gibt er hin, seine Protektion und, wenn es sein muß, auch sein Hab und Gut. Der Mann verkauft sich und seinen Frieden, um eine Frau zu besitzen. So ist es und nicht anders, Paul.“

„So einfach ist es doch nicht,“ antwortete Lisa und wurde ernst. „Paul hat schon recht, wenn er sagt, der Berger hat mich nur so lange lieb, so lange ich mich ihm verweigere. Das weiß ich doch ganz genau. Aber mich lockt der Abgrund.“

„Sternlein,“ sagte Paul sehr schnell und hatte vergessen, daß sie nur noch Freunde waren. „Sternlein, du täuschst dich sehr. Dich lockt wohl der Abgrund und auch ich lasse mich gern verführen, aber hier bei dem Herrn Berger ist gar kein Abgrund da. Euer Bureau ist nämlich wie ein großer Fühnerhof und Berger, der dich so lieb hat, ist einfach ein wütender Godel, den du in seiner Männlichkeit und Hauptbahnhöhe getränkt hast, weil du nicht auf den ersten Blick hin „Ja“ gesagt hast. Seine Aufregung hat mit Liebe gar nichts zu tun. Seine Liebe, das kann ich dir sagen, ist weiter nichts als unterbewußter und törichter Haß.“

„Wie kann die Liebe törichter Haß sein!“ lachte Lisa auf, aber in ihrem Gelächter war doch ein wenig Angst. Sie liebte, während Paul schwieg, die Geschichte mit Berger blühend an ihrem inneren Auge vorüberziehen. Ja, am ersten Tage war Berger der kühle Abteilungsleiter, am zweiten Tag begann das Spiel mit dem Feuer. Am dritten Tag lud er sie beim Diktat zum Abendbrot ein; der vierte Tag war ein Sonntag, da waren sie in einem Konzert-Café gewesen und am fünften Tag hummelten sie durch den Abend bis in die späte Nacht. An diesem Tag fragte er sie, ob sie mit ihm an die See fahren wolle; an diesem Tag bettelte er um einen Kuß und sagte: „Ich habe dich verhängnisvoll lieb.“ Der sechste Tag war Wetterleuchten verlicher Blide. An diesem Tage war sie allein nach Hause gegangen; aber morgen, am siebenten Tage, sollte sie sich wegen der Reise entscheiden. Berger war kein Gf. Er verstand sehr gut zu erzählen und liebte Musik und Literatur. Auch Blumen hatte er am Sonntag gekauft, roten Feuermoos, keine Rosen, nein, nichts als einen Strauß flammenden Mohns. An diese letzte Tage dachte sie und an die fünf Abenteuer, während Paul schwieg. Ja, das Leben war schön mit achtzehn Jahren. Der Abgrund war voller Licht und Tanz schaumgekrönter Wellen. Sie sah den Abgrund leuchten und ihr Herz war für den Sprung in die Tiefe.

„Aber als sie sich entschieden hatte und lächelte, wie man nach einer Entschcheidung lächelt, da fiel plötzlich ein Flügelschlag Schatten in das Licht. „Verhängnisvolle Liebe,“ dachte sie. „Er hat mich verhängnisvoll lieb. Aber ich will nicht, verhängnisvoll geliebt werden. Die Liebe soll mich Luft als Leid sein! Mehr Gelächter als Tränen! Mehr Süßigkeit als Bitternis!“ Da blidte sie auf und sah ihren schmeigenden Freund, sah sein schmales Gesicht und seine abgearbeiteten Hände. Da dachte sie an die drei Wochen Schwärmerie in den Frühling hinein, an seine geduldige Freundschaft, die beinahe so schön war wie die Liebe selbst und sie sah ihren Freund so strahlend an, wie nur die Liebe strahlen kann. Paul fühlte die große Wandlung und stand auch in Flammen. Er hob den Kopf, lächelte und wußte, daß alles wieder gut war.

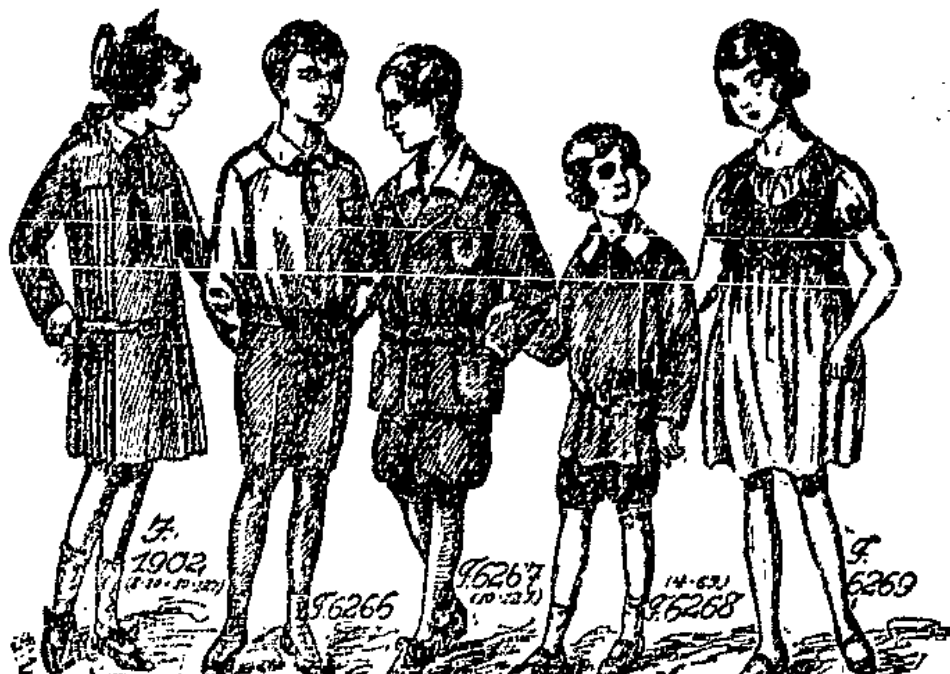
„Lisa, willst du nun mit dem Berger an die See fahren?“ fragte die Schwester und kokettierte mit Paul. „Auf Klagen soll es sehr schön sein.“

„Ich weiß nicht,“ antwortete sie und machte weite, ferne Augen. Sie wandte sich an Paul und fragte: „Was meinst du, Paul?“ „Soll ich oder soll ich nicht?“

„Frage dein Herz,“ sagte er leise.

„Ich habe es befragt, und wenn du die Antwort hören willst, komm, ich sage sie dir leise ins Ohr,“ sagte das Mädchen.

## Selbst ist die Frau AUS DER MODENSCHAU DER „FRAUENWELT“



### Für Junge und Mädcl

F 1902. SCHULKLEID aus ziegelrotem Popelin mit Lingerlo- aufputz und marineblauer Bandschleife für Mädchen von 8 bis 10 und 10 bis 12 Jahren. Stoffverbrauch für acht- bis zehn- jährige: 2,50 m, 100 cm breit, 0,50 m Besatzstoff, 80 cm breit.

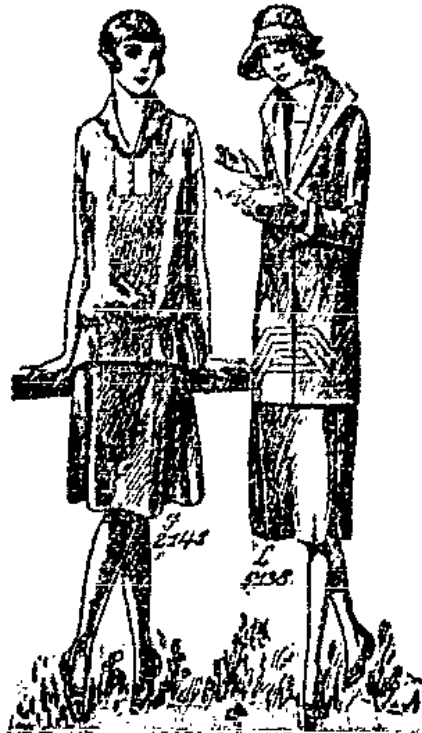
F 1903. 10-12 und 12-14 Jahre. ANZUG, bestehend aus Sporthemd in Schlußform mit farbiger Blende und dunkler Leinwand. Stoffverbrauch: 1,90 m, 80 cm breit, für das Hemd, 0,70 m, 130 cm breit, für die Hose.

F 1904. 8-10 und 10-12 Jahre. PRAKTISCHER ANZUG aus Schilfseilen in Gürtelform. Stoffverbrauch: 1,65 m, 1,40 cm br.

F 1905. 4-6 und 6-8 Jahre. BLUSEANZUG mit Leder- gürtel und dunklerem Beinkleid. Stoffverbrauch: 0,50 m, 120 cm br. für das Beinkleid, 2 m, 60 cm br. für den Ärmel.

F 1906. 8-10 und 10-12 Jahre. STILKLEID aus natur- farbigem Nessel mit besticktem Leibchen. Stoffverbrauch: 1,70 m Nessel, 100 cm breit, 0,80 m Leibchenstoff, 60 cm breit.

F-SCHNITTE 90 PF.



1911. Gr. 42. SPORTKLEID aus Front oder Leinen. Der Gürtel und der bogige Kragenabschluß sind in absteckender Farbe. Stoffverbrauch: 3 m, 100 cm breit, 0,50 m Besatzstoff, 80 cm breit.

L 5138. Gr. 42. JACKENKLEID aus leichtem Ripps oder Wollstoff mit hübschem Blendenbesatz, für junge Mädchen. Stoffverbrauch: 3 m, 130 cm br.

LYON-SCHNITTE 90 PF.



St. 236. Ovale Kissen aus Leinen mit leichter Buntstickerei. LYON-ABPLATTMUSTER 80 PF.

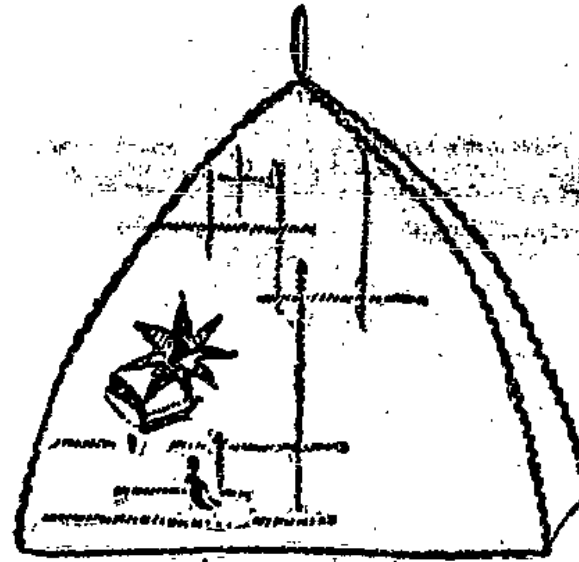


### Zum Wandern

F 6220. Gr. 42 u. 44. SPORTKLEID, bestehend aus einer Matrosenbluse aus weißem Leinen mit blauen schmalen Streifenstreifen, blauen Seidenschlips und einem Flüslerock aus blauem Cheviot. Letzterer ist an ein langes Leibchen mit Trägern genäht, wie wir bereits in Nr. 8 veröffentlicht haben. Stoffverbrauch für die Bluse bei 80 cm Breite 1,50 m, für den Rock bei 100 cm Breite 2 m.

F 6221. SPORTANZUG für jungen Mann, bestehend aus kurzer Hose aus dunkelbraunem Hosenstoff und einer Bluse aus hellbraunem, leichtem Wollstoff. Diese wird über der Hose getragen, hat einen Kollernsatz, Umlegebogen und Bündchenärmel. Stoffverbrauch für die Hose bei 100 cm Breite: 65 cm, für die Bluse bei 100 cm Breite: 2,25 m.

F-SCHNITTE 90 PF.



FH 6102. TEENWÄRMER aus Leinen (steif) mit buntem Seidenwurf bestickt. Abplattmuster 30 Pf.

FH-SCHNITT 20 PF.

Zu beziehen durch die Buchhandlung der „Volkswacht“ in Breslau oder den Verlag der „Frauenwelt“ J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3

## Rechtsfragen unehelicher Kinder.

In dem von Professor Klumler (Frankfurt a. M.) herausgegebenen „Pädagogischen Magazin“, das schon eine ganze Anzahl vorzüglicher und für die Jugendwohlfahrtspflege wegweisender Schriften herausgebracht hat, ist neben als Heft 7 eine neue Abhandlung von Dr. Hanna Scherpner-Dreger über „Rechte unehelicher Kinder aus dem Sozialgesetz“ nach dem Stande vom 1. Januar 1926 erschienen. Die hier vorgenommene Berücksichtigung der allerneuesten Gesetzgebung ist bei den häufigen Veränderungen gerade auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung besonders wesentlich. Nach dem Vorwort ist das Buch in erster Linie als Wegweiser für die Berufsarbeiter der Jugendfürsorge gedacht, vor allem die Amtsvormünder, die sich zum Teil noch zu wenig der Handhaben, die ihnen die neue Gesetzgebung gewährt, bedienen, um für ihre Mündel Klagen aus dem Sozialrenten zu ziehen. Nach Erhebungen, die das Archiv für Berufsvormünder angestellt hat, gibt es noch eine ganze Anzahl von Amtsvormünderchaften, bei denen für kein Mündel Sozialrente bezogen wird. Das muß stetig machen, wenn man sieht, daß bei anderen Amtsvormünderchaften fast ein Viertel der Mündel eine Sozialrente bezieht. Die Ansprüche auf Sozialrente ergeben sich zunächst aus der Berufsberatungsgesetzgebung, der Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angehörigen- und Knappschaftsversicherung, weiter aus der neueren Beamten-Gesetzgebung, der Militär-Gesetzgebung und der Erwerbslosenfürsorge.

Allgemein ist als ganz charakteristisch zu beobachten, daß, obwohl die Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuches noch in Kraft ist, daß ein uneheliches Kind nicht als verwandt mit seinem Vater gilt, die Gesetzgebung doch praktisch darüber hinweggeht, lächerlich aus dem Empfinden heraus, daß die Bestimmung des BGB. nicht mehr dem sittlichen Volksempfinden entspricht. Der erste Schritt in dieser Hinsicht wurde im Beginn des Krieges getan, wo auch dem unehelichen Kind eines Kriegsteilnehmers das Recht auf Unterhaltung zugesprochen wurde. Die dahin hatte eigentlich nur die Unfallversicherung vor 1911 einen solchen Rentenanspruch des unehelichen Kindes anerkannt, sofern ihm der uneheliche Vater bis dahin nach gesetzlicher Pflicht einen Unterhalt gewährt hatte. Das ist also nur ein sehr bedingter Rechtsanspruch. Dagegen hat die neuere Beamten-Gesetzgebung, wie es in dem Buche heißt, dem unehelichen Kinde

mit Selbstverständlichkeit die Ansprüche eines ehelichen zu gewährt. Es handelt sich dabei wesentlich um die Kinderzulagen. Ganz auf dem Standpunkte des BGB. halten sich aber wieder die Bestimmungen der Krankenversicherung, aus der dem unehelichen Kinde nur dann ein Anspruch gegen den Vater erwächst, wenn es durch Legitimation oder Ehelicheitserklärung die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes erlangt hat. Die Ausführungen darüber bringt das genannte Buch in dem Abschnitt über „Familienwohnhilfe“. Das uneheliche Kind hat einen Anspruch aus der Familienwohnhilfe der Krankenversicherung der unehelichen Mutter, als Stiefkind aus der des Ehemanns der Mutter, der hier also dem unehelichen Vater vorangestellt wird, ferner als Pflegekind des unehelichen Vaters. Man sieht, wie verzwitelt die geltenden Rechtsbestimmungen sind, und es ist deshalb für unsere Wohlfahrtspflegerinnen von großer Bedeutung, daß sie sich an Hand dieses Buches mit dem Sachverhalte kennen.

Die Einleitung enthält eine gleichfalls recht übersichtliche Darstellung zunächst des Rechts des unehelichen Kindes aus dem BGB. Johann der Entwicklung seit 1900. Von Interesse ist eine Mitteilung, nach der sich das Archiv deutscher Berufsämter über zu einer Zentralkasse für die Führung von Auslandsprozessen entwickelt hat. Hier hatten sich besonders in der ersten Zeit nach dem Kriege infolge des häufigen Wechsels der Staatsangehörigkeit des unehelichen Vaters oder der Mutter viele bedenkliche Verhältnisse gebildet, über die häufig geklagt wurde. Es scheint, daß auch in diesem Punkte jetzt Abhilfe geschaffen worden ist.

## Hoher Schönheitsmittelverbrauch in Amerika.

Eine Zeitung der amerikanischen Stadt Milwaukee hat vor einiger Zeit eine Untersuchung über den Schönheitsmittelverbrauch der Frauen dieser Stadt angestellt. Danach geben zum Durchschnitt 70 Prozent aller über 16 Jahre alten weiblichen Personen Parfümieren und 85 Prozent davon verwenden im Jahre durchschnittlich 3 1/2 Schillingen Parfüm. Zwei Drittel dieser Frauen gebrauchen auch Schminke. Nicht weniger als 60 verschiedene Sorten Parfüm wurden festgestellt, und drei Drogen wurden allein in ihrem Geschäft 25 und mehr Sorten Parfüm im Jahre Parfümieren zu beschreiben. Auch 35 verschiedene Sorten Parfüm wurde angegeben. Der Verkauf von Parfümen ist nach die Verbreitung der Parfümiers um 30 Prozent zurückgegangen. Inzwischen verwenden noch 35 Prozent der Frauen durchschnittlich 25 Schilling im Jahre. In Toilettenartikeln fand man in der Stadt 214 verschiedene Sorten.



# Warum wurde der Generalfstreik abgebrochen?

Aus London wird uns geschrieben: Kein Ereignis seit Menschengedenken hat die britische Arbeiterbewegung so sehr im tiefsten aufgewühlt, wie der Generalfstreik, dessen der Bewegung so viele Probleme aufgegeben, wie die Auslösung des Streikes, die Taktik seiner Durchführung und sein Abbruch. Nichts ist von der einen oder anderen Seite der unangenehmen, nichts unbefriedigend geblieben. Aber während von unverantwortlicher Seite der die schärfsten Angriffe auf die Führung erhoben, falsche Gerüchte über die inneren Vorgänge in Umlauf gesetzt worden sind, ist allen verantwortlich beteiligten Personen, also insbesondere den Mitgliedern des Generalrates, der Mund verschlossen. Eine innere Auseinandersetzung, das war die Auffassung aller Führer der Gewerkschaften, mit Ausnahme einiger Bergarbeiterführer, war ungewiss, solange der Arbeitstakt im Bergbau fortdauerte. Darum schwiegen die Hauptbeteiligten und Hauptverantwortlichen allen Herausforderungen zum Trotz, die von kommunistischer und halb-kommunistischer Seite an sie gerichtet wurden, darum entschloß sich der Generalfstreik auch, den außerordentlichen Gewerkschaftskongress, der zur Erweiterung des Generalfstreiks zum 25. Juni einberufen worden war, bis nach dem Abschluß der Auseinandersetzung im Bergbau zu verschieben.

Es war um so bedauerlicher, daß sich der Sekretär der Bergarbeiter, Cool, durch diese freiwillige Schweigepflicht, die sich die gesamte Gewerkschaftsführung auferlegt, nicht gebunden fühlte. In einem „Die neue Lage“ überschriebenen Pamphlet stellte Cool die Vorgänge so dar, wie sie sich für ihn spiegelten, griff er, ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß die Angegriffenen in diesem Augenblicke nicht antworten konnten und wollten, die Führer der übrigen Gewerkschaftsbewegung, den Generalfstreik wegen seiner Haltung während des Generalfstreiks aus der Schärfe an und warf ihm, direkt und indirekt, vor, durch den Abbruch des Streikes die Bergarbeiter im Stich gelassen zu haben. Trotz dieser fortwährenden Angriffe des Sekretärs der Bergarbeiter, dessen Stellung übrigens faktisch unvergleichlich unvorteilhafter ist, als die Stellung des Sekretärs einer kontinentalen Gewerkschaft, hat sich der Generalfstreik nicht daran hindern lassen, in unangenehmer, an die Gesamtbewegung um tatkräftigere Unterstützung für die kämpfenden Bergarbeiter zu appellieren und ne moralische und materielle Hilfeleistung auf breiter Basis organisieren.

Trotzdem dürfte es den Mitgliedern des Generalrates nicht unerwünscht sein, daß das wälsche Schweigen, zu dem sich die offiziellen Gewerkschaftsführer verpflichtet fühlten, nunmehr durchbrochen worden ist. „The Locomotive Journal“, das Verbandsorgan der Gewerkschaft der Lokomotivführer und Heizer, veröffentlicht in seiner jüngsten Nummer einen von dem Generalfstreik des Verbandes, John Bromley, stammenden Artikel, in dem der Bericht, den der Generalfstreik dem außerordentlichen Gewerkschaftskongress vorzulegen plante, in weitestem Ausmaß wiedert. Die Veröffentlichung ist um so bemerkenswerter, als Bromley, der die Preisgabe dieser Stellen aus dem geheimgehaltenen Bericht übernimmt, selbst Mitglied des Generalrates ist. Von den von Bromley veröffentlichten Stellen verdienen insbesondere jene Partien weitgehendes Interesse, die sich auf die Gründe beziehen, welche den Generalfstreik am 12. Mai abbrechen. Hinsichtlich der dem Streik vorausgehenden Vorgänge stellt der Generalfstreik der Gewerkschaften in seinem Bericht fest, daß er sich nicht als auf die Formel der Bergarbeiter beschränkt hat, welche dahin geht, unter keinen Umständen eine Regelung zu akzeptieren, welche von den Bergarbeitern Opfer mit Hinblick auf die Arbeitszeit, auf die Lohnhöhe oder den Charakter des Kollektivvertrages (distriktsweise Regelung) fordert. Der Generalfstreik habe sich durch sein „industrielles Komitee“ lediglich verpflichtet, die Bergarbeiter in ihren Bemühungen, eine billige Schlichtung der bestehenden Schwierigkeiten zu finden, zu unterstützen. Der Bericht des Generalrates stellt fest, es müsse damals den Bergarbeiterführern, ebenso wie den übrigen Gewerkschaftsführern klar gewesen sein, daß die Industrie zuerst reorganisiert werden müsse, ehe sie in der Lage wäre, ihre Löhne aufrechtzuerhalten. — „Wir sind“, sagt der Bericht wörtlich, „der Meinung, daß es knabenhaft war, diese eingeschlagene Linie beizubehalten, und wir möchten, ohne zu ärgern, feststellen, daß es keineswegs das Kennzeichen von Führerschaft ist, einfach unbeweglich auf einem Standpunkt zu verharrern, während hunderte Tausende von Männern mit ihren Familien wegen eines Schlagwortes Not leiden.“

Der Bericht erklärt, daß die Haltung der Bergarbeiter den Unternehmern einen Vorwand gegeben habe, sich in ihrer Politik von den Vorschlägen der Kohlenkommission zu entfernen. Er behandelt im Detail die Vorgänge, die zum tatsächlichen Ausbruch des Generalfstreiks geführt haben und betont, daß die Einstellung des Generalrates dahin ging, die Regierung zur Annahme des gesamten Kohlenberichts (mit allen seinen Reorganisationsverpflichtungen) zu bewegen, während die Annahme der Schlagworte der Bergarbeiterführer nach deren eigenem Zugeständnis dazu geführt haben würde, 300 000 Bergarbeiter infolge der notwendig werdenden Schließung von Gruben arbeitslos zu machen, eine Tatsache, die für jeden Gewerkschaftsführer viel zu fürchtbar sein muß, als daß er sie überhaupt als Möglichkeit erörtern könnte. Den meisten denkenden Menschen möchte es vernünftiger erscheinen, daß einige hochbezahlte Arbeitergruppen in einer völlig desorganisierten Industrie eine zeitweise Herabsetzung ihrer Löhne auf sich nehmen, als daß 300 000 Arbeiter mit ihren Familien der Not ausgeliefert werden, damit Arbeiter, welche nach den eigenen Feststellungen von Cool 3-5 Pfund Sterling in der Woche verdienen, ihren Lebensstandard unvorteilhaft erhalten können. Der Generalfstreik erklärt, daß der Generalfstreik vom Generalfstreik nicht auf der Basis der Formel der Bergarbeiter erklärt worden ist, sondern auf Grund der Entscheidung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses, welche dahin ging, daß die Bergarbeiter in ihrem Kampf gegen eine Lohnherabsetzung, die einer Entscheidung über das Schicksal des Kohlenberichts vorausgehen würde, von der gesamten Gewerkschaftsbewegung unterstützt werden sollten.

Der Bericht des Generalrates kommt dann auf die Möglichkeiten zu sprechen, die für eine Beendigung des Generalfstreiks offen standen. Die Samuelische Formel sei vom Generalfstreik gebilligt worden, weil sie eine entscheidende Verbesserung gegenüber der vor dem Streik bestehenden Situation dargestellt hätte. „Aber die Bergarbeiterführer“, führt der Bericht fort, „haben dieses Ergebnis verworfen, und nunmehr ist es nach all den Wochen der Unterbrechung, nachdem die britische Gewerkschaftsbewegung teilweise niedergeworfen worden ist und Tausende von Männern ... gemahngelt worden sind, äußerst unwahrscheinlich geworden, ob es den Bergarbeitern gelingen wird, auch nur annähernd das zu erreichen, was der Generalfstreik für sie durchgesetzt hätte.“ — Der Bericht kommt nunmehr zu den entscheidenden Bestimmungen über die Gründe, die ihn zum Abbruch des Generalfstreiks veranlaßt haben. Es heißt da: „Der Generalfstreik hatte sich davon überzeugt, daß er sich, wie lange er den Generalfstreik auch fortsetzen würde, immer in derselben Lage befinden würde, was die Haltung der Bergarbeiter-Ergebnisse angeht, und darum hielt er sich nicht für berechtigt, den Generalfstreik bis weiters Fortsetzung ihres Opfers auch nur einen Tag lang zu machen. Für diesen einstimmig gefaßten Beschluß des Generalrates, den Streik abbrechen, gab eine Reihe von Gründen Veranlassung, die wir hier nicht im einzelnen aufzählen wollen, sondern nur die wichtigsten hervorheben. Der Generalfstreik wurde abgebrochen, weil die Regierung bereit war, die Kohlenproduktion zu steigern, die Kohlenpreise zu senken und die Kohlenarbeiter zu entlassen. Der Generalfstreik wurde abgebrochen, weil die Regierung bereit war, die Kohlenproduktion zu steigern, die Kohlenpreise zu senken und die Kohlenarbeiter zu entlassen. Der Generalfstreik wurde abgebrochen, weil die Regierung bereit war, die Kohlenproduktion zu steigern, die Kohlenpreise zu senken und die Kohlenarbeiter zu entlassen.“

der Beendigung des Generalfstreiks keine Entschuldigung. Seine Haltung ist durch die Tatsachen und durch seine Verantwortlichkeit gegenüber der gesamten Gewerkschaftsbewegung gerechtfertigt.“

Der von unserem Londoner Korrespondenten übermittelte Auszug des Kohlenberichts von Bromley ist die beste Antwort auf die Ausführungen, die der Bergarbeiterführer Cool, der sich am Mittwoch und Donnerstag in Berlin aufhielt, in der „Rote Fahne“ veröffentlichten. Cool bezeichnet darin den Bericht Bromleys als einen „Bruch der Vereinbarungen“, wonach man während des Bergarbeiterstreiks keine Polemik führen wolle. Dabei hat Cool seit der ersten Stunde nach Abbruch des Generalfstreiks eine ununterbrochene und maßlose Polemik gegen den Generalfstreik der Gewerkschaften geführt, und wiederholt hat die „Rote Fahne“ seinen Beschimpfungen der übrigen Gewerkschaftsführer breiten Raum geschenkt. Die in unserem Londoner Artikel erwähnte Kampfschrift von Cool „Die Geschichte der neuen Lage“ ist zunächst im „New Leader“ als Artikel erschienen und sodann als Flugblatt in ganz England verbreitet worden. Außerdem hat Cool fast an jedem Tag Schimpfsreden über den „Verfall“ der Generalfstreikmitglieder gehalten. Zugleich übertrug sich die Leistung des Bergarbeiterverbandes für die Straus-Industrie des gesamten Gewerkschaftskongresses ein. Damit die von Cool Angegriffenen sich nicht vertheidigen könnten. Jetzt aber, nachdem Bromley, der übrigens mit Purcell und Hild dem linken Flügel des Generalrates angehört, die Gebuld riss und er sich zur Wehr setzte, klagt Cool über „Bruch der Vereinbarungen“.

Nachdem von englischer Gewerkschaftsseite offen erklärt wird, daß die Beilegung des Kohlenkonfliktes schon im Mai an dem Unverständnis von Cool gescheitert sei, der von seinen eigenen Überredungen, aber unüberwindlichen Vorurteilen nicht loskommen konnte, haben wir auch in Deutschland keinen Anlaß mehr, mit unserem Urteil über die Führerqualitäten dieses Mannes zurückzuhalten: Mag Cool einstweilen noch durch sein radikales Auftreten bei den englischen Bergarbeitern populär sein, er ist das Unglück von Hunderttausenden von Menschen, er hat nicht den Mut gehabt, ihnen rechtzeitig die Wahrheit über die verzweifelte Lage des Kohlenbergbaues und über die Unvermeidbarkeit eigener Opfer zu sagen, und je länger die Ausperrung andauert, desto schwieriger wird ihm dieses Geständnis.

Cool und die „Rote Fahne“ erheben ferner gegen den ADGB den Vorwurf des Streikbruchs, weil dieser die Ausfuhr von Kohle nach England, insbesondere über Holland, nicht verhinderte. Wir wissen nicht, um welche Mengen es sich tatsächlich handelt, aber wenn deutsche Kohle tatsächlich der englischen Industrie zugeführt wird, so kann das nur mit Hilfe englischer Seeleute, englischer Hafenarbeiter, englischer Eisenbahner und englischer Transportarbeiter geschehen. Es ist einfach sinnlos, wenn Cool und die „Rote Fahne“ den deutschen Arbeiterorganisationen Streikbruch-Vorwürfe machen, während in England selbst nicht einmal der Versuch gemacht wird, die Kohlenperre durchzuführen. Und schließlich noch ein letztes. Cool hat in der „Rote Fahne“ das Vertrauensvotum des Eisenbahnerkongresses für J. H. Thomas als eine Kundgebung für die Person von Thomas als Sekretär des Verbandes bezeichnet, aber nicht für die Richtigkeit der Haltung des Generalrates bei Abbruch des Streiks. Demgegenüber verweisen wir darauf, daß das Arbeiterorgan „Daily Herald“ vom 7. Juli ausdrücklich feststellt, daß Thomas' Erklärungen über den Generalfstreik und über die darauf folgende Beilegung des Konfliktes mit den Eisenbahngesellschaften mit überwältigender Mehrheit gebilligt und daraufhin das Vertrauensvotum für ihn angenommen wurde.

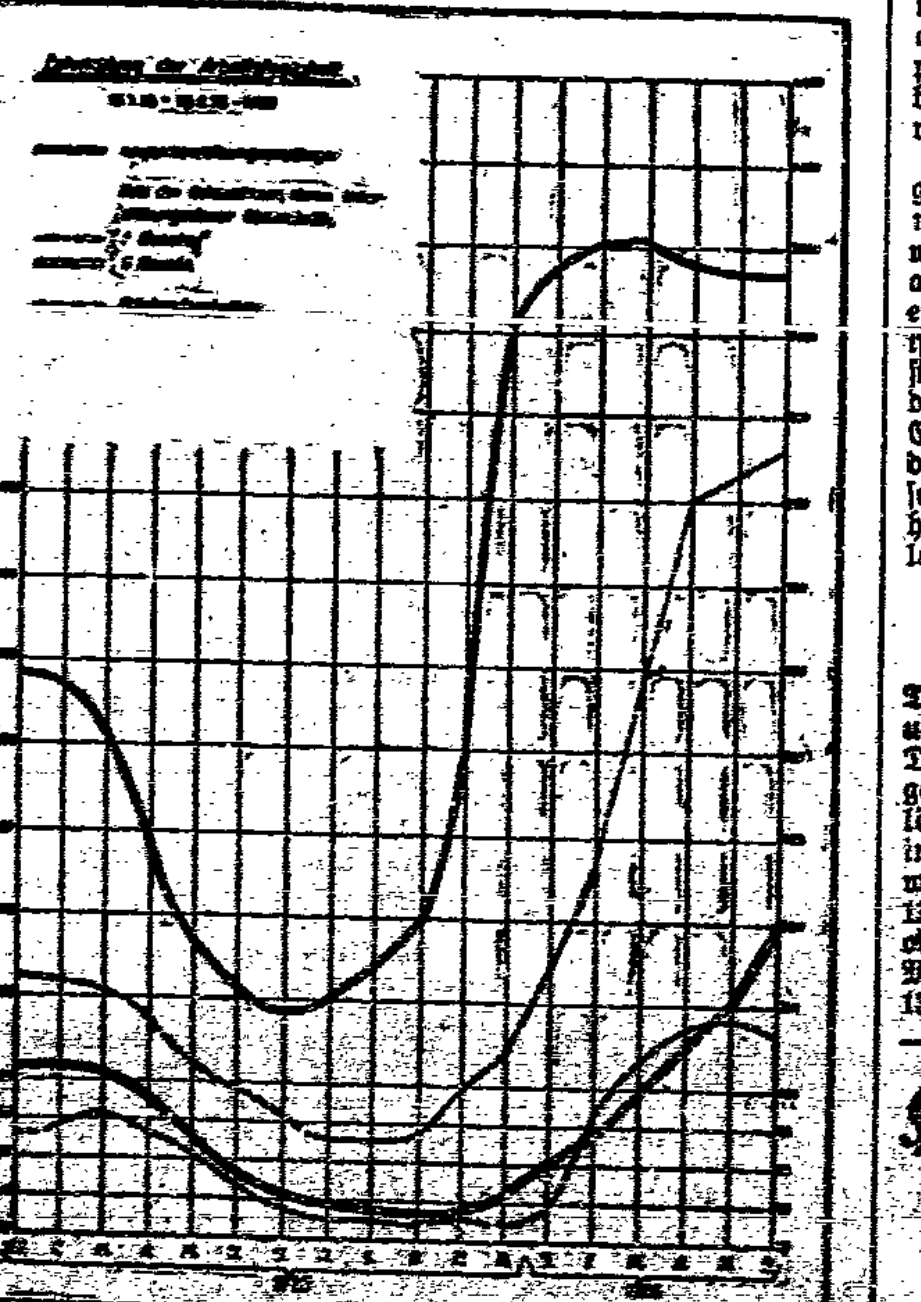
## Der Hasenstreik von Antwerpen beendet.

Brüssel, 9. Juli. (Eigener Funterbericht.) Im Antwerpener Hasenstreik schlugen zunächst die Einigungsversuche fehl. Die Schiffsbefitzer machten den Vorschlag, den Tageslohn der Hafenarbeiter auf 28 Frank und am 1. August auf 40 Frank zu erhöhen. Die Streikenden lehnten diese Regelung in einer Urabstimmung mit 22 898 Stimmen gegen 3924 Stimmen ab. Der Streik im Antwerpener Hafen wurde völlig durchgeföhrt. Merkwürdig war es, daß der im Hafen liegende Sowjet-Dampfer „Krasnoje Zwana“ seine Getreideladung durch die eigene Mannschaft unter Zuhilfenahme von freiberuflichen Vorarbeitern löschen ließ. Nachdem die streikenden Hafenarbeiter den Vorschlag der Schiffsbefitzer abgelehnt hatten, bewilligten diese die Forderung auf Erhöhung des Tageslohnes auf 40 Frank.

## Hutmacherstreik in Newyork.

Im Anschluß an den großen Streik in der Newyorker Damenkonfektion haben rund 3000 Newyorker Stoffhut- und Hülsenmacher nach gescheiterter Lohnbewegung den Streik erklärt. Von dem Konflikt werden ungefähr 200 Betriebe betroffen. Im weiteren ist damit zu rechnen, daß ungefähr 30 000 Hutmacher in Newyork in den Ausstand treten werden. Wie es heißt, wird sich der Konflikt nicht auf Newyork beschränken.

## Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit.



### Tarifkonflikt in der Berliner Metallindustrie.

Nachdem der Verein Berliner Metallindustrieller den Schiedsgericht in der Berliner Metallindustrie abgelehnt hat, ist von dem Schlichter die Verbindlichkeitsklärung beantragt worden. Der Schlichter für Groß-Berlin hat die Verhandlungen auf Freitag den 9. Juli anberaumt.

### Um den Zentralverband der Landarbeiter.

In Nr. 11 des „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ wird ein Aufsatz mit der Überschrift „Gewerkschaftliche Unabhängigkeit“ veröffentlicht. In diesem Aufsatz erfolgt die von uns schon seit langem gewünschte Klärung zu den Angriffen gegen den deutschen Zentralverband der Landarbeiter. Das „Zentralblatt“ muß eingestehen, daß die dem Zentralverband der Landarbeiter nachgewiesenen Geschwundenheiten aus Arbeitgeberkreisen keineswegs gebilligt werden können. Trotzdem versucht es, den Verband zu entschuldigen. So wird darauf verwiesen, daß in der Gewerkschaftsbewegung wiederholt Nicht-Landarbeiter an der Gründung und Ausbreitung der Gewerkschaft beteiligt waren. Die Mitwirkung sozialgestimmter Nicht-Landarbeiter füge den Gewerkschaften mindestens keinen Schaden zu. Im übrigen müsse bei dem Zentralverband der Landarbeiter bedacht werden, daß Gewerkschaftsarbeit auf dem Lande anders zu üben ist als in der Stadt.

Diese Ausführungen mögen in manchen Dingen richtig sein. Nicht richtig ist aber, und auf diese Feststellung kommt es an, daß für die Ausbreitung einer Landarbeitergewerkschaft die gewerkschaftlichen Grundzüge der Unabhängigkeit aufgegeben werden müssen. Wie liegen denn die Dinge? Der Deutsche Landarbeiter-Verband, d. h. die freigewerkschaftliche Landarbeiterorganisation, hat es immer für die wichtigste Aufgabe betrachtet, die Unabhängigkeit zu wahren. Dem Verband ist es nie in den Sinn gekommen, die freigewerkschaftlichen Grundzüge preiszugeben. Trotzdem kann er die erfreuliche Tatsache aufweisen, daß es im Jahresdurchschnitt 1925 auf 155 298 Mitglieder gebracht werden konnte. Und der Zentralverband der Landarbeiter? Er hat es kaum auf den fünften Teil dieser Zahl an Mitgliedern gebracht, wie an Hand sehr einwandfreien Materials nachgewiesen werden könnte. Deshalb gilt das, was in der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 25 bereits gesagt ist: Gewerkschaftliche Unabhängigkeit ist auch in der Landarbeitergewerkschaft die Voraussetzung, um Landarbeiter gewerkschaftlich zu gewinnen und den Verband wirkungsvoll zu machen.

Im „Zentralblatt“ ist aber neben allen Entschuldigungen auch eine erste Mahnung an den Zentralverband der Landarbeiter enthalten. Das Zentralblatt sagt: „Es darf erwartet werden, daß Leitung und Angestellte des Zentralverbandes der Landarbeiter in Zukunft nicht nur im Auge behalten, was dem eigenen Verbands frömmt, sondern auch, was für die Gesamtbewegung schädlich ist. Jedenfalls ist es ihre Pflicht, stets klar erkennen zu lassen, daß die Beziehungen des Zentralverbandes der Landarbeiter zu den landwirtschaftlichen Arbeitgebern nicht über das Maß des gewerkschaftlich Zulässigen hinausgehen. Nicht die Landarbeiter, sondern die Kollegen in den anderen Verbänden haben tagtäglich die sozialdemokratischen Umwürfe gegen den Zentralverband der Landarbeiter über sich ergehen lassen. Nur reifliches Vertrauen mag auf die Dauer solches zu ertragen. Es erscheint uns als Pflicht der Leitung des Zentralverbandes der Landarbeiter, auch das ihrige zu tun, um dieses notwendige reiflose Vertrauen zu erhalten und, wo es geschwunden ist — was leider schon sehr weitgehend der Fall — wiederherzustellen.“

Nichts anderes verlangen auch wir und mit uns der Deutsche Landarbeiter-Verband, der einen Aufsatz in Nr. 11 des „Landarbeiter“ in den Worten ausklingen läßt: „Die Delegierten zum Verbandsstag des J.D.L. mögen dafür sorgen, daß gewerkschaftlicher Geist im J.D.L. einzieht, daß die Interessen der arbeitenden Landarbeiter berücksichtigt werden, daß eine Plattform geschaffen wird, auf der mit dem Deutschen Landarbeiter-Verband gekämpft werden kann für die Besserung des schwer leidenden Landproletariats.“

## Kann ein Kurzarbeiter Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung erheben, wenn er seine Arbeit freiwillig aufgibt?

Es bestehen oft Zweifel darüber, ob ein Kurzarbeiter, dessen Lohn durch die Kurzarbeit sehr stark gekürzt ist, Erwerbslosenunterstützung zu beanspruchen hat, wenn er seine Arbeit freiwillig aufgibt. Bekanntlich ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Bezug der Unterstützung, daß eine unfreiwillige Arbeitslosigkeit vorliegt. Wenn ein Arbeiter wöchentlich um 3, 4 oder gar 5 Tage verkürzt arbeitet, so steht er natürlich nach wie vor in einem Arbeitsverhältnis. Die Aufgabe dieses Arbeitsverhältnisses würde eine freiwillige Arbeitslosigkeit bedeuten. Sehr oft entscheiden daher die Arbeitsämter, wenn Kurzarbeiter ihre Arbeit aufgeben, daß eine freiwillige Arbeitslosigkeit vorliegt, Erwerbslosenunterstützung nicht eintritt kann. Diese Entscheidung ist falsch. Mit Recht verweist Herr Ministerialdirektor Dr. Weigert in seinem Kommentar zur Kurzarbeiterfürsorge auf die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums zu dieser Frage (S. 9). Er schreibt: „Ferner hat das Reichsarbeitsministerium immer auf dem Standpunkt gestanden, daß es keinem Arbeitnehmer auf längere Zeit zugemutet werden kann, stark verkürzte Arbeit auszuüben, wenn sie ihm weniger Verdienst bringt, als er als Arbeitsloser an Unterstützung beziehen würde. Gibt er einen solchen Arbeitsplatz auf, weil keine Aussicht besteht, daß diese Verhältnisse sich bessern, so kann ihm die Erwerbslosenunterstützung nicht deshalb verweigert werden, weil er freiwillig arbeitslos geworden ist.“

In gleichem Sinne hat das Reichsarbeitsministerium auch gelegentliche Anfragen beantwortet. Ein anderer ist auch nicht möglich, denn die Fürsorge für Kurzarbeiter ist gerade deswegen so stark eingeschränkt und eingeeignet, weil sie in der Kurzarbeit eine wirtschaftspolitisch unerwünschte Arbeitszeitregelung erblickt. Die Stellung der Regierung zur Kurzarbeiterfürsorge ist ganz bestimmt von der Forderung, daß diese Fürsorge eine verbleibende Subvention an unwirtschaftliche Betriebe darstellt und dadurch eine notwendige Vereinigung der Wirtschaft verhindert. Es ist daher selbstverständlich, daß ein Arbeiter, dessen Verdienst durch Kurzarbeit so stark sinkt, daß er weniger verdient, als seine Vollerwerbslosenunterstützung betragen würde, das Recht haben muß, seine Arbeit aufzugeben und Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu erheben.

Im Schlußteil zwischen dem Arbeitgeberverband der Tafelglasindustrie und dem Zentralverband der Glasarbeiter und Gasarbeiterinnen Deutschlands sowie dem Berufsverband Deutscher Glasarbeiter wurde am 1. Juli ein Schiedsgericht gebildet, wonach die bis zum 30. Juni 1926 geltenden Tariflöhne für einzelne Gruppen der Tafelglas- und der Farbglasindustrie mit Wirkung vom 1. Juli ab um 2 v. H. vermindert werden. Das Lohnabkommen gilt zunächst bis zum 30. September 1926. Es läuft jedoch weiter, wenn es nicht am 15. September oder spätestens jeweils vom 15. zum letzten des laufenden Monats gekündigt wird. Erklärungstext der Parteien bis zum 15. Juli.

## Hand- und Kopfarbeiter!

! Dergest nicht, für eure Partei !  
! und für eure Presse zu werden !